

OTTO  
KIRCHHEIMER  
PREIS



# OTTO KIRCHHEIMER-PREIS 2021

---

## VERLEIHUNG

---

des Otto Kirchheimer-Preises 2021 an

---

PROF. DR. ELMAR WIESENDAHL  
Politikwissenschaftler und Parteienforscher

---

am 3. November 2022 in Heilbronn



**Herausgeber:** Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V.  
**Layout, Satz u. Druck:** kuh vadis! Kommunikationsdesign, Talheim  
**Auflage:** 400 Exemplare | ISSN 2568-0293  
**Verkaufspreis:** 10,00 Euro

Schriftenreihe des Fördervereins Otto Kirchheimer-Preis e.V. | **Band 4** | Oktober 2023



**Otto Kirchheimer** | 11. November 1905 - 22. November 1965

© Hanna Grossman / Aufnahme Charles David

# INHALT

5	Vorwort
7	Programm
8	Begrüßung <b>Harry Mergel</b>
10	Laudatio <b>Prof. Dr. Ursula Münch</b>
20	Preisverleihung <b>Harald Friese und Gudrun Hotz-Friese</b>
34	Festvortrag „Parteienwettbewerb und Markt“ <b>Prof. Dr. Elmar Wiesendahl</b>
46	Podiumsdiskussion „Kennen die Parteien ihre Zukunft“ <b>Prof. Dr. Elmar Wiesendahl</b> <b>Prof. Dr. Ursula Münch</b> <b>Prof. Dr. Frank Decker</b> <b>Prof. Dr. Ulrich von Alemann (Moderation)</b>
56	Preisträger 2015 <b>Prof. Dr. Ulrich von Alemann</b>
57	Preisträger 2017 <b>Prof. Dr. Oskar Niedermayer</b>
58	Preisträger 2019 <b>Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle</b>
59	Preisträger 2021 <b>Prof. Dr. Elmar Wiesendahl</b>
60	Vita <b>Prof. Dr. Ursula Münch</b>
61	Vita <b>Prof. Dr. Frank Decker</b>
62	Der Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V.
68	Satzung Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V.
73	Beitrittsformular

# VORWORT

---

Der Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V. legt mit dieser Broschüre den Band 4 seiner Schriftenreihe vor.

Dieser Band dokumentiert die Preisverleihung des Otto Kirchheimer-Preises 2021 an Professor Dr. Elmar Wiesendahl und seinen Festvortrag „Parteienwettbewerb und Markt“ sowie die Laudatio von Professorin Dr. Ursula Münch.

Dem Festvortrag und der Laudatio folgte eine Podiumsdiskussion zum Thema „Kennen die Parteien ihre Zukunft?“, an der neben dem Preisträger, der Laudatorin und Professor Dr. Frank Decker, Ordinarius an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, teilnahmen. Moderiert hat die Podiumsdiskussion Professor Dr. Ulrich von Alemann, Preisträger des Otto Kirchheimer-Preises 2015.

Auch wenn weltweit die Regeln der freien Marktwirtschaft wie Angebot und Nachfrage sowie Wettbewerb Wirtschaft und Gesellschaft bestimmen, führt der Begriff des „Parteienwettbewerbs“ auf eine falsche Spur. Der Wettbewerb zwischen Parteien ist kein marktwirtschaftlicher Wettbewerb.

Hintergründig war das Thema der Podiumsdiskussion, „Kennen die Parteien ihre Zukunft?“, also nicht, „Haben Parteien eine Zukunft?“

Niemand, auch Parteien nicht, können die Zukunft voraussagen. Parteien können aber die Zukunft gestalten. Otto Kirchheimer hat die Entwicklung der Parteien zu Allerparteien beschrieben und vorausgesagt. Diese Entwicklung ist nicht zwangsläufig. Parteien dürfen in ihrer Tagespolitik und Programmatik nicht nur auf den nächsten Wahltermin schielen. Parteien dürfen nicht den bequemen Weg des Populismus gehen.

Sie müssen klare Position für eine lebendige Demokratie, für eine tolerante und solidarische Gesellschaft und einen sozialen Rechtsstaat beziehen.

Das Volk muss sich die Demokratie nicht zurückholen. Wir haben eine repräsentative Demokratie! Aufgabe der Parteien ist es, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken und in einer Massendemokratie zu organisieren sowie für eine aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu werben.

## **Harald Friese**

Vorsitzender  
Förderverein  
Otto Kirchheimer-Preis e.V.

## **Thomas Randecker**

Stellvertretender Vorsitzender  
Förderverein  
Otto Kirchheimer-Preis e.V.

## **Rainer Hinderer**

Stellvertretender Vorsitzender  
Förderverein  
Otto Kirchheimer-Preis e.V.

## **Gudrun Hotz-Friese**

Schriftführerin  
Förderverein  
Otto Kirchheimer-Preis e.V.

## **Susanne Bay**

Schatzmeisterin  
Förderverein  
Otto Kirchheimer-Preis e.V.

---

# VERLEIHUNG

---

des Otto Kirchheimer-Preises 2021 an

---

PROF. DR. ELMAR WIESENDAHL  
Politikwissenschaftler und Parteienforscher

---

am 3. November 2022 in Heilbronn

---

## **Musik**

Lino Florenzo: Cha-Cha-Cha aus „Sud América“

## **Begrüßung**

HARRY MERGEL

Oberbürgermeister der Stadt Heilbronn

## **Laudatio für Prof. Dr. Elmar Wiesendahl**

PROF. DR. URSULA MÜNCH

Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing

## **Verleihung des Otto Kirchheimer-Preises 2021**

HARALD FRIESE UND GUDRUN HOTZ-FRIESE

Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V.

## **Musik**

Caryl Florio: Andante aus „Quartette (Allegro de Concert)“

## **Festvortrag**

### **„Parteienwettbewerb und Markt“**

PROF. DR. ELMAR WIESENDAHL

Politikwissenschaftler und Parteienforscher

## **Podiumsdiskussion**

### **„Kennen die Parteien ihre Zukunft“**

#### **Moderation**

PROF. DR. ULRICH VON ALEMANN

Preisträger 2015

#### **Diskussionsteilnehmer**

PROF. DR. ELMAR WIESENDAHL

Politikwissenschaftler und Parteienforscher

PROF. DR. URSULA MÜNCH

Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing

PROF. DR. FRANK DECKER

Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn

---

## **Mitwirkende:**

### **„Käthchens goldene Vier“,**

### **Saxophonquartett Städtische Musikschule Heilbronn:**

Emilia Graf, Sopransaxophon

Alexandra Ilieva, Altsaxophon

Line Büttner, Tenorsaxophon

Matti Schwarz, Baritonsaxophon

Leitung: Frank Riedel



**Oberbürgermeister Harry Mergel**

# BEGRÜSSUNG

---

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

einen herrlich beschwingten Auftakt hat uns das Saxophonquartett unserer Musikschule „Käthchens goldene Vier“ - was für ein wunderschöner Name - unter der Leitung von Frank Riedel beschert. Vielen Dank dafür. (Beifall)

Meine Damen und Herren, Ihnen allen ein herzliches Willkommen hier im Großen Ratssaal der Stadt Heilbronn. Zum vierten Mal verleihen wir heute den Otto Kirchheimer-Preis. Im vergangenen Jahr mussten wir diesen Festakt pandemiebedingt verschieben. Umso mehr freue ich mich, dass es nun heute klappt.

Heißen Sie mit mir den Träger des Otto Kirchheimer-Preises 2021 ganz herzlich willkommen, Herrn Prof. Dr. Elmar Wiesendahl (Beifall).

Sehr geehrter Herr Prof. Wiesendahl, als Politikwissenschaftler und Parteienforscher haben Sie sich um die theoretische und empirische Parteienforschung sehr verdient gemacht. Bereits 2017 durften wir Sie anlässlich der zweiten Preisverleihung des Otto Kirchheimer-Preises bei der Podiumsdiskussion näher kennenlernen. Heute sind wir gespannt auf Ihren Festvortrag „Parteienwettbewerb und Markt“ sowie Ihre Beiträge zur anschließenden Podiumsdiskussion zum Thema „Kennen die Parteien ihre Zukunft?“.

Auch Vertreter der Parteien sind gekommen - ein Blick in die Zukunft kann ja nicht schaden. Sehr herzlich begrüße ich den SPD-Bundestagsabgeordneten Josip Juratovic, den FDP-Landtagsabgeordneten Nico Weinmann sowie drei Fraktionsvorsitzende des Heilbronner Gemeinderates, Thomas Randecker, Rainer Hinderer und Dr. Raphael Benner. (Beifall)

Mein herzlicher Willkommensgruß gilt ebenfalls Frau Professorin Dr. Ursula Münch. (Beifall) Schön, dass Sie bei uns sind. Die Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing hält die Laudatio auf unseren Preisträger und wird ebenfalls die Podiumsdiskussion bereichern.

Prof. Dr. Frank Decker vom Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn sowie – als Moderator der Diskussion Professor Dr. Ulrich von Alemann, Preisträger 2015 des in jenem Jahr erstmalig verliehenen Otto Kirchheimer-Preises und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates des Fördervereins, machen das Podiumsquartett heute komplett. Auch Ihnen beiden ein herzliches Willkommen. (Beifall)

---

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Veranstaltung findet hier in unserem Großen Ratssaal statt. Er ist die Herzkammer der kommunalen Demokratie. Hier tagt unser Gemeinderat, hier wird über die Zukunft Heilbronn konstruktiv diskutiert und auch mal gestritten. Hier ist also genau der richtige Ort, um über die Parteien und ihre Zukunft zu sprechen.

### **Kennen die Parteien ihre Zukunft?**

In einem anderen Zusammenhang hat Wolfgang Schäuble einmal gesagt: „Wenn wir unsere Zukunft kennen würden, würden wir nicht glücklich sein.“ 2010 – war nicht auf die CDU bezogen. Nun: Wir haben in den vergangenen Jahren erlebt, wie hierzulande die Volksparteien SPD und CDU/CSU deutlich Federn lassen mussten. Und die Wählergunst wird volatiler.

Wir wissen heute, dass selbst in demokratischen Stammländern wie den USA Personen zu Präsidenten gewählt werden können, die kurz zuvor noch als politische Irrlichter galten.

Wir haben gesehen, wie in Frankreich eine erst ein Jahr zuvor gegründete Partei den Präsidenten stellen konnte - und dieser auch wiedergewählt wird. Zuletzt war dies Jacques Chirac vor 20 Jahren gelungen.

Und wir erleben Zeiten, in der eine junge Frau als Sprecherin einer weltweiten außerparlamentarischen Opposition den UN-Klimagipfel 2021 mit den Worten zusammenfasst, es sei nur blah blah blah geredet worden ...

Auf alle Fälle hinterfragen viele Parteien ihre Strategien, setzen mehr oder weniger offensiv auch auf eine inhaltliche Erneuerung. Es ist eine Zeit, in die der große Parteienforscher Otto Kirchheimer mit seinem Denken ganz besonders passt.

### **Der Otto Kirchheimer-Preis**

Mit dem Preis in Erinnerung an den großen Staatsrechtler und Nestor der vergleichenden Parteienforschung hat das Ehepaar Gudrun Hotz-Friese und Harald Friese der Geburtsstadt Kirchheimers ein besonderes Geschenk gemacht. Sie haben den mit 10 000 Euro dotierten Otto Kirchheimer-Preis ins Leben gerufen. Er gibt uns die Möglichkeit an Otto Kirchheimer und sein Werk zu erinnern. Heilbronn zollt mit diesem Preis dem großen Parteienforscher Anerkennung. Gleichzeitig können wir einen Beitrag zur Bedeutung der Parteienforschung leisten. Das erfüllt uns mit Dankbarkeit und Stolz.

---

Auch euch beiden, liebe Gudrun und lieber Harald, mein herzliches Willkommen und meinen tiefen Dank! (Beifall)

Otto Kirchheimer kam 1905 hier in Heilbronn zur Welt. Nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften emigrierte er als Jude und demokratischer Sozialist 1933 nach Frankreich. 1937 wanderte er in die USA aus, wo er unter anderem als Professor für Politische Wissenschaften an der Columbia University, New York, lehrte. 1965 verstarb er. Im Jahr darauf wurde er, wie testamentarisch verfügt, hier in seiner Geburtsstadt auf dem jüdischen Friedhof „Im Breitenloch“ beigesetzt.

Kirchheimer hat in seinen Werken die Entwicklung von Volksparteien zu entideologisierten und entkonfessionalisierten Allerweltparteien scharfsinnig vorweggenommen. Er hat die Mechanismen politischer Justiz aufgezeigt und den Begriff des Überwachungsstaates formuliert. Allein dies macht deutlich, wie aktuell sein Denken auch für uns ist. Wie würde er wohl die heutige Lage in der Politik beurteilen? Verunsicherte Volksparteien, die sich zu erneuern versuchen oder zu ihrem Markenkern zurückzufinden. Regierungsparteien, die angesichts des Kriegs in der Ukraine und einer Energiekrise Kernelemente ihres Selbstverständnisses zurückstellen. Und eine Bundesrepublik mit so viel – auch außerparlamentarischer - politischer Vielfalt wie selten zuvor ...

#### **Wie sähe wohl Otto Kirchheimers Analyse aus?**

Sehr geehrte Frau Professor Münch, dafür überlasse ich Ihnen das Feld. Föderalismus- und Parteienforschung zählen zu Ihren Forschungsschwerpunkten ebenso wie die Sozial- und Bildungspolitik. Zudem stehen auch die Digitalisierung der Gesellschaft oder die Innere Sicherheit in Ihrem Fokus. Wir sind gespannt auf Ihre Laudatio.

Meine Damen und Herren, liebe Festgäste, uns allen interessante und erkenntnisreiche Stunden. (Beifall)

**Harry Mergel ■**



**Prof. Dr. Ursula Münch**

---

## Otto Kirchheimer-Preis 2021 an Prof. Dr. Elmar Wiesendahl

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mergel,  
sehr geehrte Frau Hotz-Friese,  
sehr geehrter Herr Friese,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,  
sehr geehrter Herr Kollege Wiesendahl,

wem die Ehre zu Teil wird, die Laudatio für den Otto Kirchheimer-Preis 2021 halten zu dürfen, der würdigt natürlich vor allem die Verdienste des Preisträgers sowie dessen Bezug zu Otto Kirchheimer, dem Nestor der vergleichenden Parteienforschung.

Die Anschaulichkeit einer Laudatio lebt aber auch davon, die eine oder andere Schnittmenge sichtbar zu machen: nicht nur die Schnittmenge zum Anlass der Preisverleihung, sondern auch die zwischen Preisträger und Laudatorin. Diese Regel gilt auch dann, wenn es sich um die am höchsten dotierte Auszeichnung für Leistungen in der Politikwissenschaft handelt, und sich Preisträger und Laudatorin zwar kennen und schätzen, aber eben auch nicht so gut kennen, dass sich die Würdigung mit Beiwerk aus dem Nähkästchen ausschmücken ließe. Wobei das Wort Nähkästchen ohnehin auf eine falsche Spur leiten würde. „Hinterzimmer“ wäre in Anbetracht des Großthemas der heutigen Preisverleihung der passendere Begriff.

Angesichts dieser Gemengelage habe ich mich für einen dreigeteilten Zugang zur Würdigung des Preisträgers Prof. Dr. Elmar Wiesendahl entschieden. Ich gliedere diese in drei Teile:

- 1. Bundeswehr**
- 2. Markus Söder**
- 3. Volksparteien**

### Warum Bundeswehr?

Zum einen verbindet die Bundeswehr, besser gesagt die Universität der Bundeswehr München, Herrn Wiesendahl und mich. Wir waren zwar nicht an derselben Fakultät, hatten aber doch in den Jahren unserer gemeinsamen Zugehörigkeit miteinander zu tun.

**Viel wichtiger ist aber, dass sich Professor Wiesendahl um die sozial- bzw. politikwissenschaftliche Bildung von Offizieren verdient gemacht hat.**

---

Kurze Zeit nach seinem Studienabschluss trat er in den wissenschaftlichen Dienst der Bundeswehr ein. An der Seite von Professor Thomas Ellwein, dem großen Politik- und Verwaltungswissenschaftler, wirkte er an der Entscheidung zugunsten einer Akademisierung der Offiziers-Aus- und -Fortbildung mit. Kollege Wiesendahl hat 14 Jahre als Professor an der Münchner Bundeswehruniversität gelehrt und war danach bis zu seiner Pensionierung weitere 4 Jahre als Direktor des Fachbereichs Human- und Sozialwissenschaften an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg tätig. **Dabei hat Herr Wiesendahl maßgeblich an der Weiterentwicklung dessen mitgewirkt, was er selbst als „Unternehmens- und Führungsphilosophie“ der Bundeswehr bezeichnet: nämlich die Innere Führung sowie ihr fundamentales Selbstverständnis als „Armee in der Demokratie“.**<sup>1</sup>

Seine bereits in den Nullerjahren getroffenen Aussagen zur Bundeswehr bezeugen, dass Herr Wiesendahl nicht nur auf dem Gebiet der Parteienforschung die Fähigkeit hat, aus der klaren Analyse von Strukturen und Prozessen auch begründete und häufig zutreffende Einschätzungen über künftige Entwicklungen abzuleiten.

Das folgende Zitat zur Bundeswehr stammt aus der Zeit vor Aussetzung der Wehrpflicht: „Anders als noch die Landesverteidigungsarmee bricht die Einsatzarmee die Brücken zum Gesellschaftlichen ab, weil sie sich in Wirklichkeit als verlängerter Arm auswärtiger Interessenpolitik der Bundesrepublik Deutschland begründet“.<sup>2</sup>

Dass Elmar Wiesendahl für eine Institution als Sozialwissenschaftler tätig war, zu deren „harten“ Unternehmenselementen die Strategie gehört,<sup>3</sup> hat womöglich seine Entscheidung beeinflusst, sich auch nach der Pensionierung der Verknüpfung von politischer Strategie mit militär- und unternehmensstrategischen Vorstellungen zu widmen. Er besann sich also nicht auf seinen Jugendtraum und darauf, was ihm nach dem Abitur so wichtig gewesen war: Er fuhr nicht – mehr – zur See.

---

<sup>1</sup> Wiesendahl: *Die Innere Führung auf dem Prüfstand – Zum Anpassungsbedarf eines Leitbildes*, in: Ders. (Hrsg.): *Neue Bundeswehr – neue Innere Führung? Perspektiven und Rahmenbedingungen eines Leitbildes*. Baden-Baden: Nomos 2005, S. 17-34 (S. 28)

<sup>2</sup> Wiesendahl: *Die Innere Führung auf dem Prüfstand – Zum Anpassungsbedarf eines Leitbildes*, in: Ders. (Hrsg.): *Neue Bundeswehr – neue Innere Führung? Perspektiven und Rahmenbedingungen eines Leitbildes*. Baden-Baden: Nomos 2005, S. 17-34 (S. 32)

<sup>3</sup> Vgl. ebd. S. 23.

---

Daran sieht man: Die zeitlich passende Verwirklichung von Jugendträumen kann in späteren Lebensabschnitten sehr entlasten. Vielmehr verband er auch in der nächsten Etappe seines beruflichen Werdegangs die Freude am Forschen und Publizieren mit seiner Begabung für praktische Herausforderungen und Tätigkeiten und gründete 2010 mit zwei Hamburger Professorenkollegen die „Agentur für politische Strategie“ (APOS), deren Mitgesellschafter und Geschäftsführer er bis Ende letzten Jahres war. Spezialgebiet: „strategische Politikberatung“.

**Das führt mich zum zweiten Punkt meiner Laudatio.  
Zu Markus Söder.**

Besser gesagt zu einem prononcierten Text von Elmar Wiesendahl zur Frage, wie man „in Deutschland heutzutage Kanzlerkandidat:in wird“<sup>4</sup>

Natürlich: Bei der von ihm konstatierten „Elektoralisierung und Personalisierung“ der Kandidatenkür handelt es sich nicht um neue Phänomene. Aber dem Autor gelingt – ebenso scharfsinnig wie spitzzüngig – der Nachweis, dass wir im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes 2021 – der uns inzwischen sehr weit entfernt scheint – eine weitere Etappe beim „Strukturwandel der politischen Spitzenrekrutierung“ durch die Parteien vorgeführt bekommen haben. Genauer gesagt, „ein Ende der überkommenen parteizentrierten Rekrutierung des politischen Spitzenpersonals in Deutschland“<sup>5</sup>

Das Modell der repräsentativ-demokratischen Gremienpartei mit einem aus den Spitzenkräften der Partei zusammengesetzten Entscheidungszentrum wird inzwischen sogar von der CDU – die Führung und Führungspersönlichkeiten eigentlich doch schätzt – in Frage gestellt. Dass dies nicht aus Überzeugung geschieht, sondern aufgrund der Unzufriedenheit mit den Entscheidungsergebnissen der Gremien und Hinterzimmer, macht diese Entscheidung zwar nachvollziehbar, aber sachlich nicht besser.

Und wer hatte der CDU all dies eingebrockt? Sie ahnen es, oder Sie wissen es: Es war vor allem der verhinderte „Kanzlerkandidat der Herzen“<sup>6</sup> Markus Söder hat, so die Analyse von Professor Wiesendahl, mit seinem „Bewerbungsmanöver“ die „Machtverlagerung der Elitenselektion hin zum kandidat:innenzentrierten plebiszitären Selbstermächtigungsmodell von politischen Umfragekarrieristen“ eingeläutet.<sup>7</sup> (Heiterkeit)

---

<sup>4</sup> Wiesendahl: *Hinterzimmer versus Inszenierung: Wie man in Deutschland heutzutage Kanzlerkandidat:in wird*, in: *Das Progressive Zentrum. Discussion Paper, September 2021*, <https://www.progressives-zentrum.org/hinterzimmer-versus-inszenierung-wie-man-in-deutschland-heutzutage-kanzlerkandidatin-wird/>

<sup>5</sup> Ebd.

<sup>6</sup> *So die Einstufung durch CSU-Generalsekretär Markus Blume, nach Zips, Martin: Herzig. In: Süddeutsche Zeitung vom 21.4.2021*; <https://www.sueddeutsche.de/panorama/markus-soeder-kanzlerkandidat-markus-blume-herz-1.5271684>.

<sup>7</sup> Wiesendahl: *Hinterzimmer*, S. 2.

---

Zunächst war ich der Auffassung, dass ich in Baden-Württemberg selbst als bayerische Akademiedirektorin mit schwäbischer Migrationsgeschichte die Wiesendahl'sche Charakterisierung des Bayerischen Ministerpräsidenten **bedenkenlos** zitieren könnte. Meine zugegebenermaßen recht kurze Befassung mit der Geschichte der Stadt Heilbronn ließ mich dann aber doch stutzen: Wiewohl sich die schwäbischen Einflüsse seit der Eingliederung der Reichsstadt in das Königreich Württemberg im Jahr 1803 den Quellen zufolge verstärkten – gerade auch in der Mundart; dennoch gilt: die Verbindung Heilbronn zum „fränkischen Stamme“ ist verbürgt.<sup>8</sup> Da ich also nicht so recht einschätzen weiß, ob es womöglich doch zu berücksichtigende Befindlichkeiten mit Blick auf den Franken Dr. Markus Söder gibt, mache ich es mir einfach und verweise darauf, dass die folgenden Charakterisierungen nicht mir, sondern einem gebürtigen Sauerländer – in diesem Fall aber nicht Friedrich Merz, sondern Herrn Wiesendahl – zuzuschreiben sind. (Heiterkeit)

Zum Beispiel die, dass hier ein medienzentrierter Umfragepolitiker am Werk sei, der sich mit einer „herrisch selbstgewissen Attitüde“ präsentiere. Von programmatischen Fesseln befreit, nehme sich der neue Politikertyp die Freiheit heraus, sogar Kernbereiche der Parteidentität umzukrempeln und dem Zeitgeist zu opfern.

Zur persönlichen Profilbildung gehörten, so immer noch Elmar Wiesendahl: die Provokation, die Kraftmeierei, die Selbstgefälligkeit, die Direktheit des Ausdrucks, die volkstümliche Sprache und die Dominanz vermittelnde Körpersprache.<sup>9</sup> Ich kann Ihnen aus eigener Anschauung berichten: Die Charakterisierung des CSU-Vorsitzenden durch Professor Wiesendahl ist angesichts der neuen Konfrontation zwischen dem „freien Süden“ und dem „Ampel-Norden“ zutreffender denn je. Aber: Von Heilbronn aus soll nicht „gestichelt“ werden, sondern wissenschaftliche Verdienste um jene Themen gewürdigt werden, die Otto Kirchheimer im Blick hatte.

### **Und damit zum dritten Punkt meiner Laudatio zu Professor Wiesendahl: Den Volksparteien**

Mit Otto Kirchheimer und dessen Theorie der Volksparteientwicklung verbindet Wiesendahl ein ganzes Forscherleben. Bereits in seiner als Standardwerk einzustufenden Dissertation von 1980 ordnete er die Volkspartei von Kirchheimer in das Konkurrenzparadigma der Parteienforschung ein.<sup>10</sup>

---

<sup>8</sup> Heilbronn Stadtarchiv (Hrsg.): *Franken oder Schwaben?* [https://stadtarchiv.heilbronn.de/stadtgeschichte/geschichte-a-z/f/franken-schwaben.html?tx\\_contrast=0&cHash=ff8f54693b64b39fca-b768015d451fe3](https://stadtarchiv.heilbronn.de/stadtgeschichte/geschichte-a-z/f/franken-schwaben.html?tx_contrast=0&cHash=ff8f54693b64b39fca-b768015d451fe3)

<sup>9</sup> Wiesendahl, *Hinterzimmer*, S. 7.

<sup>10</sup> Vgl. Wiesendahl: *Parteien und Demokratie. Eine soziologische Analyse paradigmatischer Ansätze der Parteienforschung*, Schriftenreihe der Sozialwissenschaftlichen Institute der Universität Hamburg, Heft 18, hrsg. von Diedrich Hilger, Janpeter Kob und Winfried Steffani, Opladen 1980: Leske und Budrich.

---

Jahre später argumentierte Wiesendahl, die Volksparteien seien in eine „Modernisierungsfalle“ hineingeraten, weil sie sich illoyal von ihrer Stammwählerschaft losgesagt hätten.<sup>11</sup>

Besonders wichtig erscheint mir jedoch die Wiesendahl'sche Umdeutung der Volkspartei: Anders als von Kirchheimer postuliert, handelt es sich dabei nicht um einen gänzlich neuartigen Parteytypus, sondern um einen Mischtyp. Neudeutsch ein Hybrid. In ihm vermengten sich die Organisationslogik der effizienten Stimmenmaximierung mit älteren Mustern einer gesinnungs-expressiven Mitgliederpartei zur „lose verkoppelten Anarchie“.<sup>12</sup>

Vor dem Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V. arbeitete Kollege Wiesendahl im Jahr 2016 eine inhaltlich bestechende, zunächst aber irritierende These heraus: **Er wies nach, dass sich die Volksparteien in der Bundesrepublik Deutschland ursprünglich gerade nicht mit dem Modell der „Allerweltspartei“, der „Catch-All“-Partei, also der „echten“ Volkspartei, wie sie von Kirchheimer begrifflich gleichgesetzt wurden, gedeckt hatten.**

Und als ob dies nicht schon verwirrend genug wäre, zeigte der Preisträger dann auf, dass wir diese Zeiten der Nichtkongruenz inzwischen aber hinter uns gelassen hätten. Die Volksparteien hätten sich nun tatsächlich zu „catch-all parties“ gemäß dem Begriffsverständnis des hellsichtigen Otto Kirchheimers gewandelt.

Und damit ein letztes Mal zurück **zum scharfen Blick des Preisträgers auf die aktuelle Verfasstheit der Volksparteien.** Der Volksparteienstatus von Union und vor allem SPD bröckelte bereits vor der Unterminierung ihrer repräsentativdemokratischen Prägung: Schließlich geriet – so Elmar Wiesendahl – ihr auf Wohltaten und der Bündelung von Partikularinteressen beruhendes Politikmodell bereits durch die Auswirkungen der Banken- und Finanzkrise und den demografischen Wandel unter Druck.

Jahrzehntelang hätten die Volksparteien darauf bauen können, ihre Versprechen auf individuelle Aufstiegschancen, aber auch die Wohltaten eines finanzierbaren fürsorglichen Sozialstaats im Großen und Ganzen an die insgesamt vertrauensvoll eingestellten Wählerinnen und Wähler bringen zu können. Aber bereits zu Beginn der Nullerjahre schufen die internationalen, ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eine völlig neue Grundlage.<sup>13</sup>

---

<sup>11</sup> Beitrag „Volksparteien im Abstieg. Nachruf auf eine zwiespältige Erfolgsgeschichte“

<sup>12</sup> Lösche, Peter: Lose verkoppelte Anarchie: Zur aktuellen Situation von Volksparteien am Beispiel der SPD, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 43/93*, S. 34-43 (S. 36).

<sup>13</sup> Wiesendahl: Parteien und die Politik der Zumutungen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 40/2004*, S. 19-24.

---

**Volksparteien, so stellte Elmar Wiesendahl bereits im Jahr 2011 fest, seien auf „ein Mehr und eine bessere Zukunft abonniert und nicht auf die Verwaltung des Mangels und eine Politik der Zumutungen“.**<sup>14</sup>

Seitdem ich das bei ihm gelesen habe, fehlte in keiner meiner Vorträge über Volksparteien dieses Zitat von Elmar Wiesendahl.

Den Volksparteien fehlt aber nach Wiesendahl aber noch viel mehr: „Weit und breit nicht der Ansatz einer Vision, der die Wählerschaft nach dem Ende der ‚Weiter so‘-Wohlfahrts- und Aufstiegs-gesellschaft an den Fortbestand eines solidarischen Gesellschaftsmodells glauben lassen könnte“.<sup>15</sup> Und während die CDU selbst, vor allem aber die Kommentatoren zu bemessen suchen, wie viel Verantwortung die Politik der langjährigen Vorsitzenden und Bundeskanzlerin an der inhaltlichen Entkernung der CDU trägt, **schrieb Wiesendahl bereits 2011 von der „ideologischen Öde“ beider Volksparteien, die ihren inneren Kompass verloren hätten, der ihrer „wankelmütigen Politik eine Kursbestimmung überstülpen könnte“.**<sup>16</sup>

Und dass er 2011 – also zwei Jahre vor Gründung der sog. „Alternative für Deutschland“ – mutmaßte, dass sich zu den „drei weiteren Mitessern am Tisch, die alle ein Stück vom Wählerkuchen und der Ausübung der Macht abbekommen“ wollen, „über kurz oder lang noch ein weiterer Mitesser zur Rechten des Tisches“ gesellen könnte, verlangt mir zusätzlich Respekt ab.<sup>17</sup>

Letztes Jahr erschien ein **neues Werk von Elmar Wiesendahl: „Parteienforschung. Ein Überblick“.**<sup>18</sup> In einem Telefonat mit Herr Wiesendahl im Vorfeld des ursprünglichen Termins für die Preisverleihung hatte ich den Fauxpas begangen, von einer Herausgeberschaft zu sprechen. Es war mir nämlich geradezu abwegig erschienen, er könne den Fast-500-Seiten-Band, der so viel mehr ist als ein „Überblick“ allein verfasst haben. Seitdem ich mich anlässlich dieser Laudatio mit den Arbeiten von Professor Wiesendahl befasst habe, weiß ich: Er kann das nicht nur, sondern er musste auch: Wenn man sich mehr als 40 Jahre lang intensiv mit politischen Parteien und mit der politikwissenschaftlichen Parteienforschung befasst und wenn man dabei nicht zuletzt Kirchheimers Konzept vom europaweiten Aufstieg eines neuen Parteityps kritisch analysiert und immer wieder auf ihre Gegenwartstauglichkeit überprüft, dann will man die Ergebnisse dieser Forschungsleistung auch in die Politikwissenschaft einbringen. Zu unser aller Gewinn.

---

<sup>14</sup> Wiesendahl: *Volksparteien. Aufstieg, Krise, Zukunft*. Opladen, Berlin, Farmington Hills 2011: Barbara Budrich, S. 225.

<sup>15</sup> *Ebd.*, S. 225.

<sup>16</sup> *Ebd.*

<sup>17</sup> *Ebd.*, S. 226.

<sup>18</sup> Wiesendahl, Elmar: *Parteienforschung. Ein Überblick*. Wiesbaden: Springer 2022.

---

In dem überaus systematisch angelegten neuen Band steckt also auch der Schlüssel für **das Verständnis des wissenschaftlichen Lebenswerks von Elmar Wiesendahl: Er ist nicht nur ein führender Parteienforscher der Bundesrepublik, sondern ihm liegt die internationale Sichtbarkeit der bundesdeutschen Parteienforschung und damit deren Zukunft am Herzen.**

Und so erschließt sein neues Buch auch sein Verständnis politikwissenschaftlicher Parteienforschung: Nicht zuletzt setzt er sich darin mit den angeblichen Nachfolgern der Volkspartei auseinander, wie sie in der bundesdeutschen und internationalen Forschung behandelt werden. Wer den neuen Wiesendahl liest, weiß danach: Mit dem Typus etwa der professionalisierten Wählerpartei von Angelo Panebianco, der Kartellpartei von Richard S. Katz und Peter Mair oder der Berufspolitikerpartei von Klaus von Beyme ist es – typologisch – nicht weit her.

**Die hier Versammelten lehrt das mindestens zweierlei:**

**Erstens: Die Vergleichende Parteienforschung bleibt eines der schwierigsten und der interessantesten Forschungsgebiete der Politikwissenschaft.**

**Zweitens: Es war klug vom Vorstand des Fördervereins Otto Kirchheimer-Preis e.V. einmütig der Empfehlung des Wissenschaftlichen Beirats zu folgen und den Otto Kirchheimer-Preis 2021 Herrn Professor Dr. Elmar Wiesendahl zu verleihen.**

Dass die Preisverleihung aus bekannten Gründen erst heute erfolgen kann, gibt Anlass an die Verbindung zwischen den großen Krisen unserer Zeit und dem heutigen Thema zu erinnern: Ob wir nur mit Sorge oder auch mit etwas Zuversicht in die Zukunft schauen können, hängt nicht zuletzt von der Problemlösungs- und Problembearbeitungsfähigkeit der Parteien und ihres politischen Führungspersonals ab.

Grund genug, weiterhin Otto Kirchheimer zu folgen und sich wissenschaftlich mit den politischen Parteien, ihrer Organisation und ihrem Personal zu befassen. Elmar Wiesendahl tut dies: Theoriebasiert, methodisch versiert, fachlich profund, vergleichend, lesbar. Dafür danken wir Ihnen, lieber Herr Wiesendahl. Sehr sogar.

Ich gratuliere Ihnen herzlich zur Verleihung des Otto Kirchheimer-Preises und dem Förderverein und seinem Beirat zu diesem hervorragenden Preisträger. (Starker, lang anhaltender Beifall)

**Prof. Dr. Ursula Münch ■**



**Harald Friese**

# PREISVERLEIHUNG

---

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mergel, lieber Harry,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister Ringle,  
sehr geehrter Herr Bundestagsabgeordneter Juratovic, lieber Josip,  
sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter Weinmann,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

namens des Fördervereins Otto Kirchheimer-Preis e.V. begrüßen meine Frau und ich Sie anlässlich der heutigen Verleihung des Otto Kirchheimer-Preises an Professor Dr. Elmar Wiesendahl und danken Ihnen für Ihr Kommen.

Mein Willkommensgruß gilt auch Ihnen, sehr geehrte Frau Professorin Münch verbunden mit dem Dank für Ihre fulminante Laudatio. Sie haben Elmar Wiesendahl sehr facettenreich als einen kritischen und eigenständigen Denker geschildert und schon damit einen Bogen zu Otto Kirchheimer geschlagen, der auch ein eigenständiger Denker war und die ausgetretenen Wege der Wissenschaft verlassen hat.

Sie haben sich bei der Vorbereitung Ihrer Laudatio auch mit der Geschichte Heilbronnns beschäftigt und richtig erkannt, dass Heilbronn fränkisch ist. Trotz dieser Zugehörigkeit Heilbronnns zu Franken will ich feststellen: Die Verantwortung für Markus Söder übernimmt Heilbronn nicht. (Heiterkeit)

Herr Professor Wiesendahl, herzlich willkommen in Heilbronn. Sie sind der Preisträger des Jahres 2021 und mussten ein Jahr auf die Verleihung warten, weil wir wegen Corona die Preisverleihung am 27.11.2021 kurzfristig absagen mussten. Jetzt ist es endlich soweit. Wir sind gespannt auf Ihren Festvortrag.

Ich begrüße sehr herzlich Herrn Professor Frank Decker von der Universität Bonn, der unsere Podiumsdiskussion bereichern wird. Vielen Dank für Ihr Kommen.

Zweck des Fördervereins ist es, die Erinnerung an den Politikwissenschaftler Otto Kirchheimer zu bewahren und damit einen Beitrag zur Weiterentwicklung der von ihm formulierten wissenschaftlichen Theorien auf der Grundlage von empirischen Befunden zum Verhältnis von Sozialordnung, Staatsverfassung und politischer Gewalt innerhalb der Parteiendemokratie zu leisten.

---

Der Preis soll Persönlichkeiten würdigen, die in der Demokratie- und Parteienforschung Zeichen gesetzt haben: Gegen die Entpolitisierung der Politik, für eine Stärkung der Demokratie und politische Teilhabe der Bürger.

Um solche Persönlichkeiten zu finden, gibt es einen Wissenschaftlichen Beirat, der dem Vorstand des Fördervereins einen Preisträger vorschlägt.

Ich begrüße sehr herzlich die anwesenden Mitglieder Professor Ulrich von Alemann und Professor Christhard Schrenk. Professorin Münch ist ebenfalls Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates. Weitere Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates sind Professor Reinhard Meyers, der bis Ende 2021 auch dessen Vorsitzender war. Ich danke ihm sehr herzlich für sechs Jahre Vorsitz. Er ist ein Pionier der ersten Stunde. Sein Nachfolger als Vorsitzender ist Professor Ulrich von Alemann. Lieber Ulrich, auch Dir meinen herzlichen Dank für Deine Bereitschaft, den Vorsitz im Wissenschaftlichen Beirat zu übernehmen. Entschuldigen muss ich die Mitglieder Professor Reinhard Meyers und Professor Ralf Kleinfeld, die aus gesundheitlichen Gründen nicht kommen konnten. Professorin Sophie Schönberger hat heute einen Termin beim Bundesverfassungsgericht

Mein Dank gilt dem Wissenschaftlichen Beirat, der seit 2015 in der Wissenschaft angesehene und renommierte Preisträger vorschlägt.

Der Otto Kirchheimer-Preis hat persönliche Hintergründe. Zum Wintersemester 1966/1967 wechselte ich von Tübingen nach Bonn und landete plötzlich in der Studentenpolitik: als Sprecher der Fachschaft Jura, als Mitglied des Bonner Studentenparlamentes und AStA sowie Geschäftsführer des Sozialdemokratischen Hochschulbundes.

**Von Karl D. Bredthauer, Redakteur der Blätter für deutsche und internationale Politik, bekam ich 1967 die Empfehlung, ich solle doch mal Otto Kirchheimer lesen. Dies habe ich getan. Die Lektüre eröffnete mir neue Horizonte.**

Recht ist eben nicht nur Gegenstand rechtswissenschaftlicher Theorien, sondern hat eine politische Funktion. Recht kann bestehende gesellschaftliche Strukturen und Machtverhältnisse absichern. Recht kann aber auch Grundlage für eine demokratische, soziale und gerechte Entwicklung der Gesellschaft sein.

Drei Aufsätze von Otto Kirchheimer möchte ich nennen. „Wandlungen der politischen Opposition“, veröffentlicht 1957, „Der Strukturwandel des europäischen Parteiensystems“, veröffentlicht 1965 und „Deutschland oder der Verfall der Opposition“, veröffentlicht 1966.

---

**Seine Prognosen:**

- **Entwicklung der Parteien zu Allerweltparteien**
- **sinkende Wahlbeteiligung**
- **Glaubwürdigkeit der politischen Akteure**
- **Politikverdrossenheit**
- **Strukturwandel der Opposition**
- **sinkende Mitgliederzahlen der Parteien**
- **Rückgang innerparteilicher Demokratie**
- **Gleichgültigkeit gegenüber der Demokratie**

**Nicht nur mit der Großen Koalition von 1966 haben sich diese Prognosen bestätigt.**

Wie das Leben so spielt: Mit meinem beruflichen Wechsel 1984 nach Heilbronn war ich in der Geburtsstadt von Otto Kirchheimer angekommen. Tief beeindruckt war ich von ihm nicht nur als Wissenschaftler, sondern auch über seine testamentarische Verfügung, in Heilbronn beerdigt zu werden, nachdem er als Jude schon im April 1933 nach Frankreich und 1938 in die USA emigrierte und dort die amerikanische Staatsbürgerschaft annahm.

In vielen Gesprächen kamen meine Frau und ich zu der Überzeugung, einen Otto Kirchheimer-Preis auszuloben, um die Erinnerung an einen großen Sohn dieser Stadt zu bewahren, der im kollektiven Gedächtnis der Stadtgesellschaft keine Rolle spielte. Am 22. November 2015, zwei Tage vor dem 50. Todestag Otto Kirchheimers am 24. November 1965, wurde der Otto Kirchheimer-Preis zum ersten Mal in Heilbronn an Professor Ulrich von Alemann verliehen.

**„Kennen die Parteien ihre Zukunft?“** ist das Thema unserer heutigen Podiumsdiskussion. Die letzten vier Landtagswahlen sind für die repräsentative Demokratie und die Parteiendemokratie nicht ermutigend.

- **Die stärkste Partei war die Partei der Nichtwähler**
- **Die Programmatik der demokratischen Parteien wird immer ähnlicher. Dies führt zur Wahlmüdigkeit.**
- **Die Person des Spitzenkandidaten ist wichtiger als die Programmatik.**

Es ist an der Zeit, eine solche Zukunftsdebatte zu beginnen. Leider habe ich das Gefühl, dass ein „Weiter so“ die politische Praxis bestimmt.

Nun bitte ich meine Frau, zusammen mit mir den Otto Kirchheimer-Preis 2021 an Professor Dr. Elmar Wiesendahl zu verleihen. (Beifall)

**Harald Friese ■**



**Gudrun Hotz-Friese**

# PREISVERLEIHUNG

---

Lieber Herr Professor Wiesendahl,

wir haben gerade gehört, dass Heilbronn fränkisch sei.

Dies ist aber nur die halbe Wahrheit, weil das fränkische Heilbronn immer schwäbischer wird. Sie können das an der Urkunde, die ich Ihnen gleich überreichen werde, erkennen.

Sie trägt nicht das heutige Datum, sondern das vom 23.11.2021, das Datum der wegen Corona verschobenen Preisverleihung. Damit hat sich der Förderverein die Druckkosten für eine neue Urkunde gespart. (Heiterkeit)

Die Urkunde hat folgenden Wortlaut:

**In Anerkennung seiner herausragenden Verdienste um die theoretische und empirische Parteienforschung verleiht der Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V. an Professor Dr. Elmar Wiesendahl den mit 10 000 Euro dotierten Otto Kirchheimer-Preis 2021.**

Heilbronn, den 23. November 2021

Unterzeichnet:

Harald Friese, Vorsitzender

Alexander Throm, Mitglied des Bundestags, stellvertretender Vorsitzender

Rainer Hinderer, stellvertretender Vorsitzender

Gudrun Hotz-Friese, Schriftführerin

Susanne Bay, Mitglied des Landtags, Schatzmeisterin

**Gudrun Hotz-Friese ■**



Aufnahme: Stadtarchiv Heilbronn/ B. Kimmerle



## Preisübergabe Otto Kirchheimer-Preis 2021 | 03.11.2022

(v.l.): **Harald Friese** (Vorsitzender Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V.)

**Gudrun Hotz-Friese** (Schriftführerin Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V.)

**Professor Dr. Elmar Wiesendahl** (Politikwissenschaftler und Parteienforscher)



Aufnahmen: Stadtarchiv Heilbronn/ B. Kimmerle

**Preisverleihung Otto Kirchheimer-Preis 2021  
im Großen Saal, Rathaus Heilbronn | 03.11.2022**



## Teilnehmer der Podiumsdiskussion Otto Kirchheimer-Preis 2021

(v.l.): Prof. Dr. Elmar Wiesendahl  
Prof. Dr. Ursula Münch  
Prof. Dr. Ulrich von Alemann (Moderation)  
Prof. Dr. Frank Decker

Aufnahmen: Stadtarchiv Heilbronn/ B. Kimmerle



**Professor Dr. Elmar Wiesendahl**  
Preisträger



**Professor Dr. Ursula Münch**  
Laudatorin



**Harry Mergel**  
Oberbürgermeister



**Harald Friese**  
Vorsitzender Förderverein  
Otto Kirchheimer-Preis e.V.



Aufnahme: Stadtarchiv Heilbronn/ B. Kimmerle







**Prof. Dr. Elmar Wiesendahl**

---

## Parteienwettbewerb und Markt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mergel,  
sehr geehrtes Stifterehepaar Friese,

es ist für mich ein großer Tag, denn im Wissenschaftsbetrieb erfährt man nicht viel Lob. Wenn man nicht kritisiert wird, ist das Lob genug.

Ich freue mich über diese Auszeichnung für einen langjährigen Parteienforscher mit einer engen Verbindung zu Otto Kirchheimer.

Ich möchte eine persönliche Erklärung anfügen. Ein solches Lob ist für mich deshalb ungewöhnlich, weil ich aus einem Familienkreis mit drei Frauen komme, die alle klinische Psychotherapeutinnen sind, die verzweifelt auf der Suche nach meinen Störungsbildern sind. (Heiterkeit) Aber ich habe keine, was natürlich nicht überzeugt, weil es als Störung ausgelegt wird. (Heiterkeit) Aber zum Glück habe ich noch einen Sohn, der Astrophysiker ist und die therapeutische Praxisanwendung durchbricht.

Ich werde also mit Stolz nach Hamburg zurückkehren, die Urkunde meiner Familie zeigen und wohl Anerkennung erfahren.

Otto Kirchheimer war Staatsrechtler. Den Politikwissenschaftler gab es zu seinen Lebzeiten noch gar nicht. Seine Publikationen waren für die damalige Zeit vom Denkansatz geradezu revolutionär. Sein Ausgangspunkt waren die gesellschaftlichen Veränderungen, welche die Parteien zu einer Anpassung an die Veränderungen gezwungen haben.

Dass Parteien untereinander in einem Wettbewerb stehen und einen Konkurrenzkampf um Wählerstimmen austragen, ist für uns alle sicherlich unstrittiges Gemeingut. Auch die Vorstellung, dass Parteien vor Wahlen den Wählerinnen und Wählern ein Angebot machen und diese, die zur Wahl stehenden Angebote, zur Grundlage ihrer Stimmabgabe machen, ist jedem von uns geläufig. Aber wie haben wir uns das genauer vorzustellen?

**Für Otto Kirchheimer sind „Parteienwettbewerb“ und „Markt“ Schlüsselbegriffe, um den Aufstieg der Volksparteien in Westeuropa zu erklären.**

Kann überhaupt, so, wie die Parteien ihren Konkurrenzkampf untereinander austragen, von einem Markt gesprochen werden? Wie gestaltet sich der Tauschvorgang zwischen Wählerschaft und Parteien? Sind sie gleichzusetzen mit Wirtschaftssubjekten: Also auf der Angebotsseite die Parteien mit ihrem Warenangebot, und auf der Nachfrageseite die Wählerschaft als Kundschaft, die ihre Stimme gegen Ware eintauscht? Fragen über Fragen. Sie sind mir erstmalig bei Otto Kirchheimer gekommen, für den „Parteienwettbewerb“ und „Markt“ Schlüsselbegriffe sind, um den Aufstieg der Volksparteien in Westeuropa zu erklären.

---

Er sagt:

„Die Umwandlung zu Allerweltparteien ist ein Phänomen des Wettbewerbs. Eine Partei neigt dazu, sich dem erfolgreichen Stil ihres Konkurrenten anzupassen, weil sie hofft, am Tag der Wahl gut abzuschneiden, oder weil sie befürchtet, Wähler zu verlieren“ (1965: 30).

An anderer Stelle spricht er davon, dass sich die älteren Massenparteien der „Anerkennung der politischen Marktgesetze“ nicht entziehen könnten (1965: 26f. Im Englischen ergibt sich hierzu mit „laws of the political market“ (1966: 183) kein terminologischer Unterschied.

**Wie das genau nach den Gesetzen des Marktes geschieht, lässt Kirchheimer vollends offen. Mehr zur Aufhellung des Marktes und seiner Funktionsweise beim Parteienwettbewerb trägt er also nicht bei.**

**Dies ist der Ausgangspunkt für mich, um gründlicher danach zu fragen, wie es mit dem Verhältnis von Parteienwettbewerb und Markt bestellt ist.**

Bei einer Sichtung der Literatur kommt man merkwürdigerweise kaum weiter. So beschäftigt sich die politikwissenschaftliche Literatur verschiedentlich mit dem Parteienwettbewerb, ohne die Kategorie des Markts systematisch einzu beziehen. Umgekehrt gehören der Markt und der Wettbewerb zum Steckepferd der ökonomischen Literatur, ohne dabei einem Parteienmarkt, ob nun Wählermarkt, electoral market oder politischer Markt genannt, oder selbst dem Parteienwettbewerb größere Aufmerksamkeit zu schenken.

**Klärungsbedürftig bleibt also, was Wettbewerb und Markt für Parteien und Wähler bedeuten und wie beides ineinandergreift.**

**Am besten führt man sich eingangs dazu einen uns allen bekannten Wochenmarkt vor Augen.** Er besteht aus zwei Seiten, der Angebots- und Nachfrageseite. Zwei Gruppen von Marktsubjekten bzw. Marktteilnehmern, nämlich Anbieter/Verkäufer und Nachfragende/Käufer bzw. Kunden treffen auf einem Marktplatz zusammen, um in eine individuelle Austauschbeziehung zu treten. Von der Anbieterseite werden uns bestimmte Produkte wie frisches Gemüse, Obst, Käse aber auch Textilien offeriert. Von der Nachfrageseite nehmen wir als potentielle Kunden die Auslagen in Augenschein und kaufen die Produkte, die für uns über das beste Preis-Leistungs-Verhältnis verfügen. Kauf bedeutet, dass wir die Ware gegen ein Zahlungsmittel, nämlich Geld, tauschen.

Auf dieser Basis des Tauschvorganges ist anzunehmen, dass der Qualitäts- und Preiswettbewerbsdruck unter den Anbietern des Wochenmarkts steigt. Und dies wiederum führt für die Kunden zu einer bestmöglichen Befriedigung ihrer Wünsche zu angemessenen Preisen. Vergessen wir nicht: enttäuscht uns ein Händler, wechseln wir den Anbieter. Dies führt zur Intensivierung des Wettbewerbs, und diese zu einem Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage. Zu wieviel Wettbewerb es auf einem Markt kommt, steht auf einem anderen Blatt Papier. Begriffe wie vollkommene Konkurrenz oder Kartellbildung verdeutlichen uns dies.

---

**Und nun die Frage: Läuft der Parteienwettbewerb unter Einbezug der Wählerschaft nach diesem Wochenmarktmodell ab?**

**Folgende Kennzeichen müssten erfüllt sein:**

- Es geht um Marktteilnehmer als Anbietern von Waren (Güter und Dienstleistungen) und von nachfragenden Käufern bzw. Kunden.
- Die Anbieter und Nachfrager treten in eine Tauschbeziehung, bei der sie im Angebot befindliche Güter und Dienstleistungen gegen die Zahlung eines Preises als Gegenwert austauschen.
- Anbieter streben nach Umsatz- und Gewinnmaximierung im Wettbewerb um die größtmögliche Zahl an Kunden.
- Zwischen den Anbietern wird ein Wettbewerb auf der Preis- und Qualitätsebene ausgetragen.
- Es herrscht Markttransparenz über die zur Bedarfsdeckung angebotenen Güter und Dienstleistungen im Hinblick auf die Frage, was lässt sich zu welcher Qualität bei welchen Preisen erwerben,
- Kunden als Marktsubjekte treffen bei Markttransparenz diejenige Kaufentscheidung, die ihnen die bestmögliche Ausstattung mit Gütern und Dienstleistungen zu günstigsten Preisen ermöglicht.
- Und schließlich führt der Konkurrenzkampf um Kundschaft um Verkaufserlöse und Gewinn zwischen den Anbietern über den Preismechanismus zum Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage.

**Soweit, so gut. Was ist aber nun von den hier aufgelisteten Bestimmungsmerkmalen eines Marktes übertragbar auf ein Parteienwettbewerbssystem, was schließt sich aus? Was muss in ein anderes Licht getaucht werden?**

**Was daraufhin gesagt werden kann, ist:**

- Parteien und die Wählerschaft bilden die Angebots- und Nachfrageseite des Marktes. Dieser wird häufig Wählermarkt genannt.
- Parteien konkurrieren um Wählerstimmen. Sie bieten im Wettbewerb untereinander öffentliche Güter und Dienstleistungen an, die auf Nachfrage in der Wählerschaft stoßen.
- Wählerinnen und Wähler können zwischen den Politik- und Personalangeboten verschiedener miteinander konkurrierender Parteien auswählen.
- Es sollte Markttransparenz herrschen. Die Wählerschaft verfügt über so viel Marktübersicht, dass sie einen Vergleich zwischen den Offerten der Parteien durchführen und eine Entscheidung zugunsten einer bestmöglichen Angebotsalternative treffen kann.
- Und die Wählerschaft gibt am Wahltag ihre Stimme in Zahlung.

---

Auf dieser Grundlage lässt sich durchaus von einer marktanalogen Gestaltung des Parteienwettbewerbs sprechen.

### **Doch wo hakt es mit der Gleichsetzung von privatwirtschaftlichem Gütermarkt und politischen Wählermarkt?**

Um dies zu beleuchten, schaue ich zunächst auf die Angebotsseite des Wählermarkts mit den konkurrierenden Parteien und wechsle dann auf die Nachfrage- also Wählerseite.

### **Die Angebotsseite des Wählermarktes**

Anders als Unternehmer verfolgen Parteien keine marktwirtschaftliche Gewinn- und Umsatzmaximierung, sondern konkurrieren um Wählerstimmen (Vote-Getting) und um die Besetzung von Parlaments- und Regierungssitzen (Office-Seeking). Beide Ziele lassen sich mit Umsatz- und Gewinnmaximierung gleichsetzen.

Was haben Parteien nun für die Wählerschaft im Angebot? Sie offerieren der Kundschaft, anders als in der Privatwirtschaft, keine Waren, sondern sie stellen, und das ist ein zentraler Unterschied, öffentliche Güter und Dienstleistungen bereit. Ein Markt für öffentliche Güter und Dienstleistungen kennt keinen Preismechanismus. Ein Preisvergleich gegenüber dem Angebot der Parteien ist nicht möglich und damit auch keine „Kaufentscheidung“ nach dem günstigsten Preis. Aber als Preisäquivalent ließe sich für die Wählerschaft ein Nutzen-/Nachteils-Kalkül zur Bewertung der Offerten der Parteien heranziehen.

**Ein Markt für öffentliche Güter und Dienstleistungen kennt keinen Preismechanismus. Ein Preisvergleich gegenüber dem Angebot der Parteien ist nicht möglich und damit auch keine „Kaufentscheidung“ nach dem günstigsten Preis.**

Zu unterscheiden sind materielle und immaterielle Güter und Dienstleistungen. Zu ersteren zählen etwa finanzielle bzw. geldwerte Zuwendungen und Dienstleistungen. Zu zweiteren Dienstleistungen öffentlicher Art in Form von Bildungsausbildung aber auch Sicherstellung von Ordnung, von Schutz und Sicherheit sowie die Herbeiführung gleicher Lebenschancen. Neben Rechten und Wohltaten geht es aber auch um Regeln und Pflichten, die etwa durch Steuern oder das Strafrecht herbeigeführt werden.

Es wird häufig gesagt, dass Parteien der Wählerschaft Versprechungen machen, um diese im Falle ihrer Wahl politisch umzusetzen. Genauer besehen reicht das, was Parteien den Wählern als politische Ziele und Gestaltungspläne vorlegen, indes nicht an die Substanz eines Versprechens heran. Es fehlt schlicht die Garantie auf Einlösung des Versprechens. Dies liegt an dem Hürdenlauf, den Versprechen hinter sich bringen müssen, ehe sie schlussendlich in politische Entscheidungen umgesetzt werden, oder auch nicht.

Hierfür sind von den Parteien einige Hürden zu überwinden. Das beginnt mit dem Marktzugang. Sie müssen zur Teilnahme an Wahlen zugelassen werden. Dann haben sie Sperrklauseln zu überwinden. Und schließlich müssen sie in den Kreis der Regierungsparteien vordringen.

---

In der Parteienforschung wird das Problem der Ungleichheit des Marktzugangs und der Ausstattung mit öffentlichen Ressourcen aus dem Blickwinkel der Kartellbildung behandelt. **Die beiden Parteienforscher Richard S. Katz und Peter Mair sprechen sogar von einem Kartellparteiensystem.** Dieses würde von Insider-Parteien errichtet, um Newcomer- bzw. Outsider-Parteien den Zutritt zum Parlament und zur Regierung zu verwehren. Die Ins würden sich so weitere Konkurrenz durch Schließung des Marktes vom Leibe halten.

**Haltbar ist indes diese weit verbreitete Kartell-These nicht.** Denn dass die Marktkräfte beim Parteienwettbewerb nicht zu bändigen sind, wird an der Erweiterung des ursprünglichen Volksparteien-Oligopols auf ein mittlerweile Sechsparteien-Polypol ersichtlich. Die dadurch herbeigeführte Intensivierung des Parteienwettbewerbs geht auf fehlende Anpassung der etablierten Parteien an veränderte Wählerwünsche und Nachfragetrends zurück, die den Aufstieg von Newcomer-Parteien begünstigten. Also: **Der Markt lebt und trotzt in dynamischer Form Kartellbildungen!**

Theoretisch fallen öffentliche Güter unter die Kategorie von inklusiven Gütern, Leistungen und Regelungen, die per Gesetzgebung oder Verordnung gesamtgesellschaftlich Verbindlichkeit beanspruchen und prinzipiell vom Genuss her jedermann zugänglich sind. Niemand wird ausgeschlossen. Sie stehen auch solchen Bürgerinnen und Bürgern ohne Gegenleistung zur Nutzung offen, die die dafür verantwortliche Partei nicht gewählt, die dafür am Wahltag nichts bezahlt haben. Ein klassischer Trittbrettfahreneffekt. Korrekturbedürftig ist diese Aussage indes in zumindest zweierlei Hinsicht: Einmal sind in den berechtigten Kreis der Nutznießer öffentlicher Güter selten alle Staatsbürger/innen eingeschlossen. Stattdessen begrenzt sich die Vorteilsgewährung häufiger selektiv auf ausgesuchte spezielle Zielgruppen wie Rentner, Familien, Landwirte, Autofahrer usw.

**Dann geht es um politische Entscheidungen in Gestalt von Geboten und Verboten ... Mit wirtschaftlichen Marktvorstellungen hat dies wenig zu tun, zumal sich Staatsbürgerinnen und -bürger diesen Auflagen und Zumutungen schwerlich entziehen können.**

Dann geht es um politische Entscheidungen in Gestalt von Geboten und Verboten, die auf Einschränkungen der individuellen Lebensführung und des gesellschaftlichen Zusammenlebens hinauslaufen können. Was dem Ganzen, der gesellschaftlichen Wohlfahrt und dem Erhalt kollektiver Sicherheit und Ordnung dienen mag, schlägt sich für einzelne oder Gruppen als Freiheitsbeschränkung nieder, z.B. die Impfpflicht. Mit wirtschaftlichen Marktvorstellungen hat dies wenig zu tun, zumal sich Staatsbürgerinnen und -bürger diesen Auflagen und Zumutungen schwerlich entziehen können.

**Betrachtet man Parteien und deren Wettbewerbsverhalten untereinander aus der Marktperspektive, richten Sie Ihre strategischen Manöver darauf aus, den Mitbewerbern möglichst viele Stimmen abzugagen.** Sie versuchen sich gegenüber der Wählerschaft so anziehend aufzustellen und politische Anliegen zu offerieren, mit dem sie bei der Wählerschaft punkten können. Aus diesem Blickwinkel entwickeln sie nicht alternative politische Ziele und Gestaltungsvorstellungen, für die sie Wählerstimmen zu mobilisieren versuchen. Sondern sie vermarkten solche Versprechen und Problemlösungen, die den politischen Wunschvorstellungen der Wählermehrheit entsprechen, um dafür möglichst viele Stimmen einhandeln zu können.

---

**Für diese politischen Unternehmer bilden Prinzipien und politische Leitvorstellung keinen inneren Kompass, sondern es geht um eine gut zu verpackende und zu vermarktende Ware, die an den Mann, an die Frau zu bringen ist. So jedenfalls stellt sich der einflussreiche US-amerikanische Ökonom Anthony Downs mit seinem Wähler-Marktmodell den Parteienwettbewerb vor.**

Er zeichnet sich dadurch aus, dass er den Parteienwettbewerb eng mit einem Markt in Beziehung setzt, also das Zusammenspiel von Parteien als Wettbewerbern und Wählern als Nachfragesubjekte analysiert.

Als Ausgangspunkt seiner Überlegungen greift er das Problem auf, dass, anders als auf dem überschaubaren Wochenmarkt, auf einem Wählermarkt wenig Transparenz herrscht. Da sich Wähler zunächst einen Überblick über die Offerten der konkurrierenden Parteien verschaffen müssten, um ein Nutzenmaximum aus der Wahl der richtigen Partei zu erzielen, entstehen aufwändige Informationskosten. Die ersparen sich aber, so Downs, die Wähler dadurch, indem er jener Partei seine Stimme geben würde, die ihm ideologisch am nächsten stehe.

Um dies näher zu verdeutlichen, lässt sich Downs von der **Theorie des räumlichen Wettbewerbs, des Standortwettbewerbs** inspirieren. Downs greift auf Vorstellungen des **Ökonomen Hotelling** zurück, der 1929 die Theorie des räumlichen Wettbewerbs (spatial competition) entwickelt hat. Er fragt aus wettbewerbsstrategischer Sicht danach, wie sich zwei Anbieter räumlich platzieren müssen, um ein Maximum an Umsatz (Stimmenmaximierung) zu erzielen.

Als Beispiel hierfür wählt Hotelling zwei Eisverkäufer, die sich fragen, wo genau sie sich mit ihren Verkaufsstand entlang eines längeren Sandstrandes platzieren müssen, um ihren Umsatz zu maximieren. Angenommen wird, dass beide Eisverkäufer zu gleichen Preisen die gleichen Eissorten offerieren. Für die Kundschaft, also die Strandbesucher, ist allein die Frage nach der Distanz relevant, die man zu überwinden hat, um auf kürzestem Weg ein Eis zu kaufen. Rational verhält sich also ein Eiskäufer dann, wenn er den Eisverkäufer aufsucht, der ihm gegenüber die geringsten Entfernungsabstand aufweist. Für die umsatzstärkste Standortwahl der beiden Eisverkäufer bedeutet dies, sich genau in der Mitte der Wegstrecke aufzustellen, die die Strandbesucher sowohl von der linken als auch der Rechten Seite zu überwinden haben.

Überträgt man, wie es Downs tut, das ökonomische Standortwettbewerbsmodell auf den Parteienwettbewerb, bedeutet dies, dass sich Wählerinnen und Wähler für diejenige Partei entscheiden, die einem ideologisch am nächsten steht. Unterstellt man nun, dass sich die Wählerschaft auf einer Links-Rechts-Achse gleich verteilt und zwei Parteien einen Stimmenwettbewerb untereinander austragen, leitet sich für die Wettbewerber die Lösung her, sich in der Mitte der Links-Rechts-Achse zu platzieren. Sie konvergieren gewissermaßen in räumlicher Hinsicht.

**Überträgt man, wie es Downs tut, das ökonomische Standortwettbewerbsmodell auf den Parteienwettbewerb, bedeutet dies, dass sich Wählerinnen und Wähler für diejenige Partei entscheiden, die einem ideologisch am nächsten steht.**

---

Wenig überzeugend ist an dieser Theorie die eindimensionale Verteilung des Standortwettbewerbs auf einer ideologischen Links-Rechts-Achse. **Realistischer ist anzunehmen, dass sich der Wettbewerb je nach dem Streitgegenstand und dem damit berührten ideologischen Standort multidimensional auf verschiedenen räumlichen Ebenen abspielt.** So könnte ich bei der Ablehnung von internationalen Einsätzen der Bundeswehr einen ganz anderen ideologischen Standpunkt einnehmen als bei der Befürwortung der Ehe für alle oder die Einführung einer Grundrente.

Auf der Grundlage von Umfragedaten weist der **amerikanische Wahlforscher Stokes** (1963) die Vorstellung, dass Wählerinnen/Wähler in rationaler Form den Abstand zwischen ihrem ideologischen Standort und denen der konkurrierenden Parteien exakt bestimmen könnten, zurück. Im Gegenteil könne eine Wählermehrheit nicht korrekt angeben, und es interessiert sie auch nicht, ob Parteien bei ihren Standpunkten eine linke oder rechte Position einnehmen würden (S. 370).

**Dies schließt aber nicht aus, wie es auch Kirchheimer annahm, dass sich die Parteien aus Stimmenmaximierungsgründen in ihrem ideologischen Profil zur Mitte hin angleichen. Sie werden zu Allerweltparteien.**

Dies schließt aber nicht aus, wie es auch Kirchheimer annahm, dass sich die Parteien aus Stimmenmaximierungsgründen in ihrem ideologischen Profil zur Mitte hin angleichen. Sie werden zu Allerweltparteien. Für die Angebotsseite des Wählermarkts bedeutet dies, ein jeweils austauschbares Produkt- und Dienstleistungsangebot in die Auslage zu legen. Und Wähler mit einem etwas anderen Geschmack suchen vergeblich nach einer Partei, die ihre Sonderwünsche befriedigen würden.

## **Und nun der Blick auf die Nachfrageseite des politischen Marktes**

Nach Marktvorstellungen handelt es sich bei den Wählerinnen und Wählern um Marktteilnehmer, die in eine Austauschbeziehung zu Parteien treten, um ihre Wünsche nach öffentlichen Gütern und Dienstleistungen zu befriedigen. Wie auf einem Wochenmarkt verschaffen sie sich einen Überblick über das Warenangebot der Parteien und geben am Wahltag der Partei die Stimme, die deren Angebot sich am besten mit den eigenen Wünschen deckt.

**Nun stellt sich die Frage, was bekommt der Wähler an Gegenwert von der Partei als Anbieter, der er gewissermaßen als Zahlungsmittel seine Stimme übereignet hat.** Wenn ich mich als Wähler deshalb für eine Partei entscheide, weil ich von deren Versprechenssortiment angetan bin, kommt es zu einem äußerst einseitigen Austauschprozess von Geben und Nehmen. Denn für meine Stimme erhalte ich etwas höchst Dürftiges als Gegenleistung. Offenkundig geht es für den Wähler um ein äußerst unbefriedigendes asymmetrisches Tauschgeschäft. Er bekommt für seine Stimme **nichts an unmittelbar greifbarer bzw. nutz- oder konsumierbarer Ware ausgehändigt, sondern nur vage Versprechen**, deren Einlösung für die Partei nicht verpflichtend ist und der Wähler auch nicht einklagen kann.

---

**Und dieses Dilemma geht sogar in mehrere Richtungen.**

**Erstens hängt die eventuelle politische Umsetzung des Versprechens von Umständen ab, die ich als Wähler nicht beeinflussen kann.** Nämlich dem Abschneiden der von mir präferierten Partei bei den Wahlen. Dann der Beteiligung an einer Regierung. Dann die Berücksichtigung bzw. Durchsetzung des Versprechens im Koalitionsvertrag und dann der Existenz von parlamentarischen Advokaten, die sich um die Umsetzung des Versprechens kümmern.

**Zweitens treffe ich eine Stimmabgabeentscheidung, die nur dann eine erwünschte Wirkung entfaltet, wenn nicht meinen Einfluss unterliegenden Mitwähler die von mir präferierte Partei zum Wahlerfolg verhelfen,** und sei es, aus anderen als von mir gehegten Motiven und Erwartungen. Es können sich aber die Mitwähler und -Wählerinnen in einem Ausmaß für andere Parteien entscheiden, dass durch deren Abschneiden meine Wünsche zerschlagen werden.

Der Wähler als Nachfrager bzw. Käufer zahlt also mit seiner Stimmabgabe einen Preis, ohne dafür als Gegenwert ein Produkt, eine Dienstleistung zum Konsum, zum Gebrauch in die Hand gelegt zu bekommen. Nichtmals als Bestellvorgang ist dieser Tauschhandel zu interpretieren, weil Parteien als anbietende Vertragspartner nur unter Umständen liefern können, die außerhalb ihrer Kontrolle liegen. Nur im Idealfall der absoluten Mehrheit und eine Alleinregierung wären Voraussetzungen erfüllt, die Parteien zur Umsetzung des Versprechens befähigen könnten.

Die Wähler stehen, anders als auf einem Gütermarkt, des Weiteren vor dem Problem, nicht ein bestimmtes Produkt, eine genau erhoffte Problemlösung per Stimmabgabe in den Bestellgang geben zu können. Sie wählen beim Urnengang immer das ganze Sortiment an Versprechungen, dass Parteien im Konkurrenzkampf untereinander offerieren. Es wird zwar viel im politischen Willensbildungsprozess angepackt. Doch kann sich der Wähler nicht sicher sein, dass darunter auch genau das Anliegen ist, aus dessen Grund heraus er die Partei seiner Wahl präferiert hat. Unter Umständen werden ihm sogar nach den Wahlen Entscheidungen aus dem Versprechenssortiment vorgesetzt, die er gerade nicht politisch umgesetzt sehen wollte.

**Die Wähler stehen, anders als auf einem Gütermarkt, des Weiteren vor dem Problem, nicht ein bestimmtes Produkt, eine genau erhoffte Problemlösung per Stimmabgabe in den Bestellgang geben zu können. Sie wählen beim Urnengang immer das ganze Sortiment an Versprechungen, dass Parteien im Konkurrenzkampf untereinander offerieren.**

Mit einem marktkonformen Tauschakt Stimme gegen die Aushändigung eines öffentlichen Produkts oder einer Dienstleistung hat das nichts mehr zu tun.

---

**Ein weiterer Punkt unterscheidet einen Gütermarkt von einem politischen Markt.**

**Während ich beim Ersteren meine Bedarfsdeckung täglich oder wöchentlich vor Ort oder online tätigen kann, finden Wahlen nur alle vier oder fünf Jahre statt.** Um individuelle Bedarfsdeckung geht es nicht, sondern um ein von den Parteien bereitgestelltes Angebot, welches ich annehmen oder ablehnen kann. Und dann wird der Markt verdammt lang geschlossen.

Wählen ist überdies immer mit der **Kollektivgutproblematik** verbunden, die der **Ökonom Malcur Olson** herausgearbeitet hat. Da es sich nämlich um inklusive öffentliche Güter und Dienstleistungen handeln, für die Parteien mit ihren Vertretern bei der Politikformulierung und Entscheidungsbildung Verantwortung tragen, gelangen auch solche Wählerinnen und Wähler in den Genuss von Entscheidungen und Problemlösungen, obgleich sie nicht die dafür Verantwortung tragenden Parteien gewählt haben.

**Aus Wählersicht verliert die Stimmabgabe unter diesen Umständen ihre Selektivität, was den Tausch- und Gegenwertcharakter von Ware und Zahlung eines Preises ad absurdum führt.**

D. h. selbst wenn sie nicht am Marktgeschehen teilnehmen, also zur Nichtwähler-Gruppe zählen, sind sie den Vorteilen, aber auch Nachteilen der Nachfragebefriedigung durch eine Partei oder Parteien-Koalition ausgesetzt, die die Regierung und Parlamentsmehrheit übernimmt. Aus Wählersicht verliert die Stimmabgabe unter diesen Umständen ihre Selektivität, was den Tausch- und Gegenwertcharakter von Ware und Zahlung eines Preises ad absurdum führt.

Wahlen gleichen angesichts der dargestellten Verhältnisse keinem Ware-gegen-Stimme-Tauschvorgang. Vielmehr bekommen Parteien mit ihren Kandidaten und Kandidatinnen einen Auftrag erteilt, Ihre Versprechen auf der parlamentarischen und Regierungsebene in entsprechende Entscheidungen umzusetzen. Lange Zeit war für die Wählerschaft durch präelektorale Koalitionsaussagen darauf Verlass, dass es um die Wahl von Koalitionsbündnissen ging mit erwünschter Ausrichtung. Also Schwarz-Gelb oder Rot-Grün. Eine neue Situation tritt für die Wählerschaft ein, wenn Parteien unter Vielparteisystembedingungen untereinander den Wahlkampf ohne klare Koalitionsaussage führen. Im Gegenteil halten sie, wie mittlerweile bei den Bundestagswahlen 2017 und 2021 üblich war, die Koalitionsfrage offen, um sich Optionen auf eine Beteiligung an Dreier-Koalitionen zu erschließen.

Für den Wählermarkt ergibt sich hieraus ein paradoxer Effekt. Einerseits erhöht sich die Wettbewerbsintensität zwischen den für die nur noch für sich selbst auf Wählerfang gehenden Parteien. Andererseits wird den Wählerinnen und Wählern die Gewissheit genommen, mit der Stimmabgabe eine erwünschte Koalitionsbildung herbeiführen zu können. **Mit anderen Worten spielt der koalitionsfreie Wettbewerb den Parteien Koalitionsbildungsfreiheiten zu, während der Wählerschaft die Fähigkeit genommen wird, die Partei ihrer Wahl auf eine Koalitionskonstellation hin zu verpflichten.** Die Stimmabgabe gleicht der Teilnahme an einem Lotteriespiel ohne nach dem Zufallsprinzip etwas Erwünschtes hierfür zu bekommen. Der Wählermarkt verwandelt sich zu einem einseitigen Verkäufermarkt, bei dem allein die Parteien über die Koalitions- und Regierungsbildung und die Umsetzung von Wahlversprechen entscheiden.

---

Für die Wählerschaft ergibt sich daraus das Dilemma, nicht mehr allein danach eine Wahlentscheidung treffen zu können, was Parteien zu bieten haben. Vielmehr geht es für sie um ein koalitionsstaktisches Wahlkalkül, jener Koalitionsoption zu einer Mehrheit zu verhelfen, die am ehesten für die Umsetzung der Wünsche der Wählerinnen und Wähler sorgt.

Jetzt ist abschließend noch ein **Blick auf die Wettbewerbseffekte des krassen Marktteilnahmegefälles unter der Wählerschaft zu richten.**

Wer Vorteile aus einem Marktgeschehen ziehen will, muss, sowohl von der Angebotsseite als auch der Nachfrageseite, mitmachen, muss also Marktteilnehmer sein. Schaut man auf die Wahlbeteiligung, tut sich jedoch ein starkes Wahlbeteiligungsgefälle nach sozialer Lage, Bildung und Wohnverhältnissen auf. Marktteilnehmer als Wähler kommen überwiegend aus besser situierten Kreisen der gehobenen Bildungs- und Einkommensschichten. Dagegen besteht ein deutliches Gefälle gegenüber Wahlberechtigten aus Problemquartieren.

Folge: Parteien richten ihr Angebot, ihre Warenauslage und ihre Dienstleistungskataloge auf die politischen Geschmacksvorlieben der gehobenen Kundschaft aus. Dies geht bis in den kulturellen Bereich hinein. Parteien sind übermäßig mit Gender-, identitätspolitischen, migrationspolitischen und biogerechten Lebensweise-Fragen befasst, bei denen sich die unteren Wählerschichten mit den Nöten ihrer Lebenswelt nicht repräsentiert fühlen. Parteienwettbewerb stellt so ein Angebot-Nachfrage-Gleichgewicht her für die bessergestellten Wählerkreise.

**Parteienwettbewerb stellt so ein Angebot-Nachfrage-Gleichgewicht für die bessergestellten Wählerkreise.**

## Schlussfolgerungen

**Nun fragt man sich zum Schluss, was sich von Otto Kirchheimers Verbindung von Parteienwettbewerb mit den „Marktgesetzen“ als tragbar erweist.**

**Mein Fazit:** Es lohnt sich auf jeden Fall zum besseren Verständnis der Parteienwettbewerbs ihn mit der Funktionsweise eines Marktes in Beziehung zu setzen. Wie sich aufzeigen lässt, handelt es sich um einen speziellen Markt, der weder den Austausch von Waren mit Stimmen zuwege bringt, noch über einen Preismechanismus zur Angleichung von Angebot und Nachfrage führt.

**Parteienwettbewerb folgt durchaus, wie schon Kirchheimer feststellte, der Logik der Stimmenmaximierung. Nur ist dabei viel mehr „trial and error“ im Spiel als der strategisch vollendete Wettbewerb um die Wählermitte.**

---

Was Wählermarkt genannt wird, ist in Wirklichkeit ein von den Parteien dominierter Käufermarkt, der Zweifel daran aufwirft, dass über das Konkurrenzprinzip Angebot und Nachfrage in einen Gleichgewichtszustand gebracht würde. Zumindest spielt die Abwahlmöglichkeit der die Regierung stellenden Parteien der Wählerschaft die Möglichkeit zu, den Frust über nicht erfüllte Wählererwartungen systemgebunden abzureagieren.

Gegen die Dominanz des marktkonformen Wettbewerbsdenkens ist aber noch grundsätzlich einzuwenden, dass sich das Verhältnis zwischen Parteien und Wählern nicht auf das wie zwischen Marktteilnehmer reduzieren lässt. Die Geschichte und die Gegenwart des modernen Parteiwesens lehren uns etwas anderes. **Es geht auch um Parteien als Repräsentationsinstanzen von Kollektivinteressen.** Es geht immer noch im Verhältnis von Parteien und Wählern um einen politischen Vergemeinschaftungsprozess, bei dem es zwischen Parteieliten, Parteimitgliedern und Unterstützern bzw. Wählern um Bindungen, um Weltanschaulichkeit, um Gesinnung, kollektive Identität und Solidarität, kurz um etwas Solidargemeinschaftliches geht. Hierzu zählen auch Vertrauensbrüche, Enttäuschungen und Entfremdungen auf beiden Seiten.

Der Begriff des Marktes gibt wenig dafür her, um dieses kollektive Beziehungsverhältnis zwischen Parteien und Wählerschaft einzufangen.

**Übrigens war Otto Kirchheimer davon überzeugt, dass die Solidargemeinschaft zwischen Parteien und ihrer Anhängerschaft durch den Aufstieg der Catch-All-Parties untergraben werden würde. Die Hinwendung der Parteien zum Markt liefert hierfür eine Menge Indizien.**

(Starker, lang anhaltender Beifall)

**Prof. Dr. Elmar Wiesendahl ■**



© Volker Lannert / Universität Bonn

**Prof. Dr. Elmar Wiesendahl**  
**Prof. Dr. Ursula Münch**  
**Prof. Dr. Frank Decker**  
**Prof. Dr. Ulrich von Alemann** (Moderation)

---

## Podiumsdiskussion anlässlich der Verleihung des Otto Kirchheimer-Preises 2021 am 3. November 2022 an Prof. Dr. Elmar Wiesendahl zum Thema „Kennen die Parteien ihre Zukunft?“ im Großen Ratssaal der Stadt Heilbronn

**von Alemann:** Wenn ich ein weitgereister Politiker aus Düsseldorf wäre, würde ich Sie ungefähr so begrüßen: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Neckarsulm...äh... wo bin ich heute? (Heiterkeit) Ich bin aber zum Glück ein Politikwissenschaftler, der schon öfters hier im schönen Heilbronn war und der sich freut, wieder hier zu sein. Und deshalb begrüße ich Sie so: Lieber Harry Mergel, lieber Bürgerinnen und Bürger der Stadt Heilbronn, liebes Ehepaar Gudrun Hotz-Friese und Harald Friese und liebes Podium.

Wir werden uns jetzt eine halbe Stunde, denke ich, mit den Themen des heutigen Abends beschäftigen und immer mit einem Rückblick auf Otto Kirchheimer mit dem Thema beschäftigen: „Kennen die Parteien ihre Zukunft?“ Harald Friese und ich haben dieses Thema nicht ohne Hintersinn gewählt.

Haben die Parteien eine Zukunft? Darüber schreibt ja jeder Leitartikler. Haben die Volksparteien eine Zukunft? Das hat Elmar Wiesendahl schon öfters beantwortet und verneint. Das Thema ist, ganz allgemein formuliert, ob die Parteien ihre Zukunft kennen.

Otto Kirchheimer war ein Stratege. Er war nicht nur wie Elmar Wiesendahl Mitglied eines „strategy institutes“, sondern war während des 2. Weltkriegs in Washington Mitglied des „Office of studies“, das die die Situation in Europa während des Krieges erforschte und Strategien für die Zukunft entwickeln sollte.

1955 hat er sich endlich von dieser von ihm nicht geliebten Aufgabe lösen können und zunächst einen Ruf auf eine Professur in New York an die „School of social Research“ und dann an die renommierte Columbia Universität angenommen, um dann seine Zukunftsideen und Visionen von der Entwicklung der Opposition und der politischen Parteien formuliert. Und wie wir gerade von Elmar Wiesendahl gehört haben, hat er diese Zukunft pessimistisch gesehen.

Lieber Frank Decker, wie siehst Du es mit der Zukunft der Parteien und dem Pessimismus von Otto Kirchheimer?

**Decker:** Es gibt Politologen, die sagen, die Qualität von Demokratien ist danach zu bemessen, ob es zu Regierungswechseln kommt. Und diese Regierungswechsel werden durch Wettbewerb, den Parteiwettbewerb, herbeigeführt. Die einen werden sanktioniert und abgewählt, die anderen gewählt.

---

Dieses Prinzip wird durch Koalitionen durchbrochen, wenn die Mehrheiten knapp sind. Und wenn die Parteien vor der Wahl Koalitionsaussagen treffen, haben die Wähler die Möglichkeit mit ihrer Stimme zu entscheiden, wer Regierungschef wird und welche Parteien die Regierung bilden.

Ich glaube, man sollte die pessimistischen Prognosen von Kirchheimer nicht überbewerten. Auch wir Politikwissenschaftler machen Aussagen für die Zukunft. Deshalb muss man sich fragen, wie es um die eigenen Prognosen bestellt ist.

Ich habe z.B. 2005 die Große Koalition gar nicht schlecht gefunden, weil ich der Meinung war, die beiden Parteien würden gewissermaßen über ihren Schatten springen und ihre große Mehrheit dazu nutzen, eine Reformkoalition zu bilden und genau das ist nicht eingetreten. Es war eine Große Koalition, die sich lähmend auf die Politik ausgewirkt hat.

Und was haben wir erlebt bei der Bundestagswahl? Es hat einen Wechsel gegeben. Das hat man der SPD gar nicht mehr zugetraut, dass sie nochmal in der Lage sein würde, wieder den Kanzler zu stellen. Zwei bis drei Monate vor der Wahl galt dies als völlig undenkbar. Aber wir haben auch zum Unterschied zu anderen Ländern keine starken politischen Ränder. Der Stimmenanteil der Linkspartei und der AfD betrug bei der Bundestagswahl 22 % und bei der Bundestagswahl 2021 nur 15 %.

Das ist vergleichbar überschaubar, wenn wir die Entwicklung in anderen europäischen Ländern sehen, Marine Le Pen mit 40 % in Frankreich, oder Italien, in der die Regierung von einer Neofaschistin angeführt wird. Und was in den USA geschah, hätten wahrscheinlich die wenigsten von uns überhaupt für denkbar gehalten.

Bei all' den richtig beschriebenen Tendenzen stehen wir mit unserer Parteiendemokratie gar nicht so schlecht da. Zwei Dinge will ich nennen, die unmittelbar im Grundgesetz stehen: Artikel 21 Abs.1, wonach die Parteien an der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken und ihre innere Ordnung demokratischen Grundsätzen entsprechen muss. Letzteres halten wir für selbstverständlich, aber in den Niederlanden entscheidet der Vorsitzende der Rechtspopulisten, Geert Wilders, alleine, wer die Kandidaten seiner Partei für die Parlamentswahl sind. Zweitens der Grundsatz der wehrhaften Demokratie, der in Art. 21 Abs.2 das Verbot von Parteien ermöglicht, die die freiheitlich demokratische Grundordnung beseitigen wollen.

Dazu gehört auch das System der Parteienfinanzierung, wonach der Staat für die Finanzen der Parteien mit verantwortlich ist, ohne dass dies eine Staatsfinanzierung ist.

Wiesendahl hat vom Wettbewerb gesprochen. Beim Wettbewerb geht es auch um den fairen Wettbewerb und gleiche Wettbewerbschancen. Es ist nicht zu bestreiten, dass es bei Parteien auch Kartellisierungstendenzen gibt. Die Parteien versuchen, durch die Regelung im Wahlsystem unliebsame Konkurrenz vom Leib zu halten und die aktuelle Diskussion belegt dies: Darf die AfD eine

---

parteinahe Stiftung unterhalten, die dann auch staatliche Finanzierungsmittel bekommt? Aus dem Gesichtspunkt der wehrhaften Demokratie wurde dies bisher verhindert. Also schränken wir fairen Wettbewerb und gleiche Wettbewerbschancen ein.

Ich bin der Überzeugung, dass diese drei Grundsätze dazu beigetragen haben, dass die AfD in Deutschland keine so große Unterstützung wie vergleichbare Parteien in anderen europäischen Staaten erhält.

Wenn aber die AfD z.B. 20 % oder 30 % der Stimmen wie in den neuen Bundesländern erhält, dann ist sie ein Machtfaktor. Man muss aber weder mit ihr koalieren noch politische Macht zugestehen.

Du hast gefragt: Pessimismus? Optimismus? Ich neige zum Optimismus.

**von Alemann:** Aber du würdest wie Elmar Wiesendahl die Kartellisierungsthese grundsätzlich teilen?

**Decker:** Der Nachsatz dazu: beschränkt auf die Frage, wo es um institutionelle Eigeninteressen der Parteien geht. Wir haben ja gerade eine aktuelle Diskussion über unser Wahlsystem. Der Bundestag ist zu groß. Darüber sind sich die Parteien einig. Wenn es um Lösungsvorschläge geht, vertreten die Parteien knallhart ihre eigenen Interessen. Die größeren Parteien neigen dazu, sich auf Kosten der kleineren Parteien zu verständigen. Die CDU-Experten in der Wahlrechtskommission haben vorgeschlagen, das Graben-Wahlsystem einzuführen mit dem Ergebnis, dass sich die Stimmanteile der kleineren Parteien verringern.

**von Alemann:** Frau Münch, anfangs der 90-iger Jahre gab es einen Song, „Die Dinosaurier werden immer trauriger“, den ich zur Überschrift für einen Essay verwendet habe. Ich meinte damit die Parteien und die damalige Parteien-Debatte. Das ist 20 Jahre her. Die Parteien leben in Deutschland immer noch. Sind diese Unken- und Kassandrarufo vom Ende der Parteien, der Parteiendemokratie, von unserem Kollegen Rolf-Dieter Narr schon 1968 publiziert, nicht allmählich langweilig geworden?

**Münch:** Die Dinosaurier leben noch, aber ich glaube, sie sind ein bisschen trauriger geworden. Neulich habe ich Peer Steinbrück getroffen, der angemerkt hat, dass er mit seinem Wahlergebnis 2013 abgewatscht, Olaf Scholz mit 1 % mehr Bundeskanzler wurde.

Traurig macht, dass das Stimmenniveau abgesunken ist, und diese Trauer überträgt sich auf die Dinosaurier. Aber die Parteien, die, wie Elmar Wiesendahl sagte, sich am Kuchen beteiligen dürfen, fühlen sich wohler.

---

Die Bürger sind unentschieden. In einer Umfrage bedauern die Befragten, dass die Parteien nicht mehr unterschieden werden können, wünschen sich aber gleichzeitig mehr Harmonie zwischen den Parteien. Das ist schwer miteinander zu vereinbaren.

In einer Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung im Umfeld der letzten Bundestagswahl sagte ein Großteil der Befragten, ich habe als Wähler eine zweite Präferenz und wäre nicht todtraurig, wenn ich zur Not auch eine dritte Präferenz wählen könnte. Nach wie vor schätzen sich die Bürger und Bürgerinnen und die Parteien so ein, dass man in Alternativen denkt, mit Ausnahme übrigens der Wählerinnen und Wähler der sogenannten Alternative für Deutschland, die alternative Wahlmöglichkeiten nicht gesehen haben. Ein Blick nach Amerika: Vor 40 Jahren hat man keinen Unterschied zwischen Demokraten und Republikaner gesehen. Und heute traut man sich nicht einmal mehr über den Weg. Da ist mir die Nähe in der Mitte deutlich lieber.

**von Alemann:** Vielen Dank Frau Münch. Elmar Wiesendahl, am Ende deines Vortrages hast du recht pessimistisch geklungen. Du bist, und das hat Frau Münch am Schluss ihrer Laudatio besonders betont, ein aktiver vergleichender Parteienforscher nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa. Wenn du das deutsche Parteiensystem mit Italien, Frankreich, Spanien, Polen und auch Skandinavien vergleichst, hätte das deutsche Demokratiemodell nicht eine Spur Optimismus verdient?

**Wiesendahl:** Ich glaube, das ist auch eine Frage der Maßstäbe. Die von Frank Decker benannten Kriterien für Demokratie sind die Kriterien der demokratischen Elitenherrschaft, wonach die Demokratie sich erfülle, wenn die Möglichkeit der Abwahl der Regierung besteht.

Das ist mir zu wenig. Ich habe einen anderen Ansatz. Parteien sind historisch Brückenbauer, die Staat und Gesellschaft verbinden. Parteien kommen aus der Gesellschaft, dringen in den Staat ein und versuchen, den gesellschaftlichen Gruppen eine Stimme zu geben und in deren Sinne politische Entscheidungen herbeizuführen.

Welche Entwicklungen haben wir in Deutschland? Jetzt kommt mein Pessimismus. Die politischen Ränder haben zugenommen. Wegen der historischen Erfahrung aus der deutschen Geschichte, wonach der Nationalsozialismus in formal freien Wahlen in Weimar an die Macht kam, ist die Wahl von rechten Parteien tabuisiert. Parteien in der Mitte selbst die Linkspartei, sind davon nicht betroffen, so dass der Parteienwettbewerb eingeschränkt ist.

Wir müssen feststellen, dass die Parteien immer weniger in der Gesellschaft verwurzelt sind und die Anbindung an aktive Bürgerinnen und Bürger, die sich engagieren, immer mehr verloren geht.

---

Die Parteien sind nicht mehr in der Lage, die Wahlbeteiligung nach oben zu treiben wie in den 70iger Jahren mit 92 %. Jetzt sind wir froh, wenn die Wahlbeteiligung noch 60 % beträgt.

Die Basis der Parteien schwindet. Noch in den 70iger Jahren gab es 200 000 junge Mitglieder. Inzwischen haben die beiden großen Parteien nur noch rund 800 000 Mitglieder. Davon sind etwa 15 % aktiv. Das sind die Lastesel der Demokratie. Wenn man die Bevölkerung fragt, was haltet ihr von den Parteien und deren Repräsentanten, also die gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, dann gab es noch nie so miese Daten wie heute. Politiker sind unglaubwürdig, denen kann man nicht vertrauen.

Was für eine unerhörte Grundeinstellung der Bevölkerung! Dabei halte ich die Arbeit der Politiker für gut, aber die Meinung der Bevölkerung ist negativ. Wer kriegt das ab? Die Parteien nicht, die Wirtschaft nicht, die Verbände nicht, die auswärtigen Mächte nicht. Nein, es sind die Mandatsträger, die gewissermaßen die Mülleimer sind, bei denen die Unzufriedenheit und die Aggressivität gegen die Parteien abgeladen wird.

Wenn das so weitergeht und nicht eine Änderung der politischen Kultur gelingt, werden wir, was Nachwuchs und Verwurzelung der Parteien in der Gesellschaft angeht, unser blaues Wunder erleben.

**von Alemann:** Vielen Dank Elmar. Du hast Frank Decker angesprochen. Ich glaube, dass er sich nicht richtig verstanden fühlt.

**Decker:** Ich mache mir diesen Widerspruch und dieses reduzierte Demokratieverständnis nicht zu eigen. Aber: Der Kern der Demokratie sind die periodisch stattfindenden Wahlen. Wir sehen bei allen anderen Formen der politischen Beteiligung eine starke soziale Verzerrung und das Problem ist, da stimme ich ausdrücklich zu, dass wir diese soziale Verzerrung auch bei den aktuellen Wahlen erleben, übrigens auch bei Umfragen. Es wird ja immer darauf hingewiesen, die Bürger vertrauen dem Verfassungsgericht, der Justiz, der Polizei. Aber sie vertrauen eben nicht den Institutionen, die etwas mit Parteien zu tun haben.

Ich finde das überhaupt nicht erstaunlich. Wenn Sie mich fragen, vertrauen Sie den Parteien? Da würde ich erst einmal schlucken, weil zu den Parteien in der Bundesrepublik gehört auch die AfD und alle Parteien, die wir nicht gut finden und die wir auch nicht wählen. Wir haben gerade dazu eine Studie gemacht. Das wirklich Besorgniserregende ist die soziale Verzerrung. Das Vertrauen ist ganz unterschiedlich, je nachdem wie wir den Bildungsgrad, den Sozialstatus oder die Höhe der Einkommen betrachten. Es sind vor allem diejenigen, denen es nicht so gut geht, die sich von der Demokratie abwenden.

---

Und das können wir an der Wahlbeteiligung sehen. Dies gilt für Großstädte und sicher auch in Heilbronn. In Köln z.B. wählen im reichsten Stadtteil über 85 %, im ärmsten Stadtteil waren es bei der letzten Bundestagswahl unter 40 % gewesen. Diese Schere ist in den letzten 20 Jahren deutlich auseinander gegangen. Die Parteien ziehen daraus nicht die Konsequenz, in diese Wohnquartiere zu gehen, sondern sie holen die Wähler dort ab, wo sie sie finden. Dies ist ein sich selbst verstärkender Kreislauf. Auch die Politikwissenschaft muss darüber nachdenken, wie dieser Kreislauf durchbrochen werden kann.

Die Parteien, insbesondere bei den linken Parteien, gibt es eine Tendenz von dieser Problematik abzulenken, in dem man gesellschaftspolitische Themen in den Vordergrund rückt, die aber Minderheiten-Themen sind, wie z.B. eine gendergerechte Sprache. Olaf Scholz macht das ganz geschickt: „Wir müssen die Bürger und Bürger entlasten.“ Er verschluckt die gendergerechte Endung, weil er zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen will. Er will als Feminist durchgehen, auf der anderen Seite jedoch das Signal setzen, dass das nicht das wichtigste Problem ist, mit dem wir es zu tun haben. Wenn wir zu einer 2/3 Demokratie der besser Gestellten und der besser Gebildeten werden, hat das mit der Idee politischer Gleichheit nichts zu tun. Das ist, lieber Elmar, der anspruchsvollere Demokratiebegriff, der sich auch in der Repräsentation widerspiegeln muss.

**von Alemann:** Frau Münch, Elmar Wiesendahl hat von dem Abbau von Brücken zwischen den Parteien und der Gesellschaft gesprochen. Ähnliches hat gerade Frank Decker thematisiert in bezug auf die Stadtteile von Köln. Der reiche Anwalt in Hahnwald und die Arbeiter in Chorweiler. Der Brückenbau ist ihr Beruf. Sie sind Direktorin der Akademie für politische Bildung in Tutzing, einer der großen Akademien, in der diese Begegnungen zwischen Parteien, Bürgern, Bürgerinitiativen und Verbänden stattfinden soll. Können Sie bestätigen, dass mit den Brücken zwischen der Gesellschaft und den Parteien etwas nicht stimmt?

**Münch:** Ja., das kann man schon feststellen. Es fehlt dieses „Wurzelgeflecht“, das die Gesellschaft durchdringt. Dieses „Wurzelgeflecht“ wird nicht nur von den Parteien und ihren Mitgliedern hergestellt, sondern auch von Vereinen, Verbänden und Initiativen. Dieses „Wurzelgeflecht“ fehlt vor allem im Osten Deutschlands. Nicht nur die Parteien haben Schwierigkeiten, sich an die Gesellschaft anzudocken.

Es gibt eine gesellschaftliche Sprachlosigkeit, es entsteht ein gesellschaftliches Vakuum, das z.B. von den sozialen Netzwerken ausgefüllt wird. Da werden Mißgunst und ein Anti-Establishment-Denken gesät, das den Parteien und der Demokratie nicht gut tut. Dies ist nicht nur ein Unterschicht-Phänomen. Wenn ich an die möglichen zukünftigen Entwicklungen denke, bin ich manchmal pessimistisch.

---

Es gibt durchaus Bildungsbürger und Menschen, denen es ausgesprochen gut geht, die sich gegenüber denjenigen, die sich politisch engagieren, politisch Position beziehen und Verantwortung übernehmen, abfällig äußern. Das finde ich unappetitlich. Es gehört aber auch Zivilcourage dazu, zu sagen, so nicht, so dürfen Sie nicht reden, das steht ihnen nicht zu. Da fehlt es mir an Menschen, die klar sagen: Nein, das gehört sich nicht.

Es fehlen Menschen, die klar sagen, Ihr habt in dieser Republik verdammt viel Geld verdient, Euch geht es verdammt gut, um dann zu behaupten, die politisch Engagierten können doch alle nichts. Das finde ich unverschämt. Zur politischen Bildung gehört für mich auch, diejenigen in die Pflicht zu nehmen, die von unseren politisch insgesamt doch ausgesprochen stabilen Verhältnissen profitieren und ihnen zu sagen, sie sollen sich doch gefälligst mal am Riemen reißen. (Beifall)

**von Alemann:** Vielen Dank. Das waren jetzt sehr harte, sehr klare Worte. Wenn ich auf die Uhr schaue, sollten wir jetzt die Schlussrunde beginnen. Das letzte Wort auf dem Podium soll unser Preisträger Elmar Wiesendahl erhalten.

**Decker:** Ein Aspekt ist die Fragmentierung der Öffentlichkeit: Der große Jürgen Habermas hat in diese Debatte eingegriffen, und er sieht es kritisch, weil das seiner Vorstellung von, wie er das nennt, deliberative Demokratie, wo sich vernünftige Argumente im Diskurs durchsetzen, widerspricht. Das ist in der Forschung, die erst am Anfang steht, durchaus umstritten, z.B. die These von den Echokammern.

Das Medienverhalten der jüngeren Generation unterscheidet sich von dem der älteren Generation grundlegend. Die jüngere Generation bedient sich der sozialen Medien und des Internets. Das ist für die kommunale Ebene ein wesentlich größeres Problem als für die Bundesebene. Wir leben in der Talk-show-Demokratie. Wir können uns vor allem in den öffentlich-rechtlichen Sendern ein Bild von den politischen Themen machen. Auf der kommunalen Ebene funktioniert das nicht, weil es die lokalen Zeitungen nicht mehr überall gibt.

Die sozialen Medien bieten da noch keinen Ersatz. Sie werden auch von den Bürgermeistern und den politischen Repräsentanten gemieden, weil sie häufig in den sozialen Medien angefeindet werden. Da müssen wir genau hinschauen, weil die Demokratie auf kommunaler Ebene beginnt.

Zum Stichwort repräsentative Demokratie. Ich möchte zurückkommen, was Frau Münch zu Söder gesagt hat und Elmar Wiesendahl zur plebiszitären Überlagerung der repräsentativen Demokratie. Ich fand es merkwürdig, dass sich die Unionsparteien im letzten Jahr entgegen der plebiszitären Logik für einen Kanzlerkandidaten entschieden haben, mit dem sie ihre Chance, die Wahlen zu gewinnen, deutlich verringert haben. Ich bin mir sicher, dass die Union mit Söder die Nase vorn gehabt hätte. Eine Demokratie ist immer eine Gemengelage von repräsentativer und plebiszitärer Demokratie. Das wusste schon Ernst Fraenkel.

---

Wahlen sind ein plebiszitärer Akt und es ist für Parteien völlig normal, dass die Auswahl des Spitzenpersonals, weil sich die Parteien immer ähnlicher werden, immer wichtiger wird. Wahlen sind generelle Vertrauensentscheidungen. Wem wollen wir unser Land anvertrauen? Da darf man sich auch an Umfragen orientieren und die Person auswählen, die die besten Wahlchancen hat, was in der Demokratie nicht nur eine empirische Selbstverständlichkeit und bis zu einem gewissen Grade auch wünschenswert ist. Die SPD hat 1998 deshalb nicht Oskar Lafontaine, sondern Gerhard Schröder als Kanzlerkandidaten aufgestellt.

**von Alemann:** Ich bin da zwar anderer Meinung, aber ich bin ja nur der Moderator. (Heiterkeit)

**Münch:** Repräsentation ist ein zentraler Begriff unserer Demokratie. Die Bedeutung der repräsentativen Demokratie gehört in die Schulen, obwohl wir auf verlorenem Posten argumentieren, weil die Schulen nicht ausgleichen können, was in der Gesellschaft und in den Elternhäusern nicht mehr geleistet wird. Es wäre auch Aufgabe der Medien, aber auch hier stehen wir auf verlorenem Posten, weil sich die Medienlandschaft ganz massiv verändert.

Das System der repräsentativen Demokratie entlastet auch Bürgerinnen und Bürger. Ich bin jedenfalls dankbar dafür, dass es Menschen gibt, die ein Mandat übernehmen und dadurch mich entlasten.

**von Alemann:** Schönen Dank. Elmar Wiesendahl, Du hast das Schlusswort.

**Wiesendahl:** Ich muss zunächst das von mir in der Diskussion gezeichnete Bild korrigieren. Denn das Bild, was vermittelt wurde, ich sei ein Pessimist und stehe kurz vor einer Depression, ist nicht richtig. Wenn ich das zu Hause erzähle ... (Heiterkeit)

Ich halte mir zugute, dass ich einer von denen bin, der nach Beginn der kritischen Debatte zu Parteien immer die Fahnen der Parteien hoch gehalten und immer für die Parteien eingetreten ist. Egal, ob das Mitgliederparteien waren oder Volksparteien in einem anderen Sinne, als es geschichtlich gemeint ist. In einer Massendemokratie sind Parteien elementar unverzichtbar. Wir haben einen plebiszitären Run in den Medien und der repräsentativen Demokratie und mit diesem Run laufen die Spitzenkandidaten wie Söder, um dann die Entscheidungsfindung in den Parteien zu bestimmen. Richtig ist: Die CDU hat einen Uralt-Dinosaurier-Auswahlprozess vorgenommen. Einen Mann, der gar nicht gewinnen konnte, deshalb zu wählen, um Söder zu verhindern. Das war keine Auswahl aus der Sicht der Wähler, sondern um es diesem verdammten Söder heimzuzahlen, um ihm die rote Karte zu zeigen.

---

Es gibt eine Entwicklung, die tut mir weh. Also doch: Ich habe eine Depression. (Heiterkeit) Wenn wir uns mal den Nachwuchs angucken, der in die Spitze, also in die Parlamente geht, dies gilt auch für Gemeinderäte in den Großstädten, weniger in kleinen Gemeinden, gibt es jetzt einen Typus von Politikerinnen und Politiker, die noch nicht einmal das Studium abgeschlossen haben. Die haben als Mitarbeiter bei Abgeordneten angefangen, haben ihre Netzwerke aufgebaut, um dann mit 28 Jahren Abgeordneter oder Parteivorsitzende/Parteivorsitzender zu werden.

Wenn ich dann nach der Qualität frage, und die brauche ich in der Politik auch, um Respekt und Ansehen in der Bevölkerung zu finden, also eine Art Bestenauslese, wobei ich das eingrenzen muss, weil wir die Glocken nicht zu hoch hängen dürfen. Dieser Prozess wird mit der jetzigen Nachwuchsrekrutierung unterwandert. Das gilt übrigens für alle Parteien. Am schlimmsten interessanterweise bei den Grünen.

**von Alemann:** Vielen Dank. Ich bin schon wieder anderer Meinung. Aber ich habe ja nichts zu sagen. (Heiterkeit)

Jetzt müssen Sie mal ganz leise sein. Ich frage jetzt Otto, hast Du uns gehört? Von da oben im himmlischen Internet? Ich glaube schon. Er war mit unserer mit leichtem Florett geführten Debatte zufrieden, denn er war ein scharfsinniger und streitlustiger Mann.

Ich möchte Ihnen allen danken: hier auf dem Podium, ganz besonders dem Oberbürgermeister, der uns diesen schönen großen Saal zur Verfügung gestellt hat, dem Stifterehepaar, die das alles erst ermöglicht hat und Ihnen allen, die Sie so geduldig ausgeharrt haben.

Herzlichen Dank. Ich komme immer wieder gerne nach Heilbronn. (Lang anhaltender Beifall)




---

**VITA - Prof. Dr. Ulrich von Alemann**

**geb.** am 17.8.1944 in Seebach/Thüringen, ab 1949 aufgewachsen in Krefeld und Köln, dort 1964 Abitur, verheiratet, 2 Söhne.

**Studium** ab 1966 in Münster, ab 1967 in Bonn und Köln Politikwissenschaft, Geschichte, Soziologie, Staatsrecht und Publizistik. 1969/70 Studienjahr an der University of Alberta in Edmonton, Kanada, dort Master of Arts in Political Science 1971; Dr. phil. an der Universität Bonn 1973.

**Berufsweg:** wiss. Assistent an der Universität Bonn im Fach Politikwissenschaft 1972-1977, Berufung als Wissenschaftlicher Rat und Professor für Politikwissenschaft (H 3) an der Pädagogischen Hochschule Rheinland in Neuß 1978-1980; Professor (C 3) an der Universität Gesamthochschule Duisburg 1980- 1984; Universitätsprofessor (C 4) an der FernUniversität Hagen 1984-1998, Lehrstuhlinhaber Politikwissenschaft II an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf 1998-2012.

**Akademische Selbstverwaltung:** u.a. Dekan an der FernUniversität Hagen 1986-1988; Prodekan und Dekan der Philosophischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf 2004-2009; dort Prorektor für Lehre und Studienqualität 2009-2012; emeritiert, seitdem weiterhin Forschung sowie Sonderaufgaben des Rektorates; Mitglied des Beirat für Universitätsförderung; Politikberatung und Publizistik.

**Arbeitsschwerpunkte:** Demokratietheorie und Politiktheorie, Methoden, Parteien-, Verbände- und Gewerkschaftsforschung, Politische Korruption, Politik und Technik, Europa und die Kommunen, Landespolitik NRW.

**Forschungsinstitutionen:** u.a. Vorstandsmitglied des Projektträgerinstitutes für das NRW Landesprogramm „Mensch und Technik. Sozialverträgliche Technikgestaltung“ 1985 - 1995; Mitgründer und stellv. Direktor des „Instituts für deutsche und internationale Parteienforschung und Parteienrecht“ (PRuF) 2001-2010; Gründer der „Forschungsinitiative NRW in Europa“ (FINE) ab 1999-2012; Gründer und erster Geschäftsführer der „Wissensregion Düsseldorf“ 2017-2021.

**Publikationen:** Veröffentlichung von über 40 Fach- und Lehrbüchern; über 200 Fachaufsätze; zahlreiche Beiträge in Presse, Radio und Fernsehen.

**Auszeichnungen:** 2013 Reinhard-und-Emmi-Heyne-Preis, 2015 Otto Kirchheimer-Preis

**Praxiserfahrungen:** Politikberatung von Bürgerinitiativen, Vereinen und Verbänden, Parteien, Landes- und Bundesregierungen, Bundespräsidenten



## VITA - Prof. Dr. Oskar Niedermayer

Oskar Niedermayer wurde am 22. August 1952 in Schönau bei Heidelberg geboren. Er ist verheiratet und hat einen Sohn.

Nach dem Abitur am Hohenstaufengymnasium in Eberbach studierte er von 1971 bis 1973 Betriebswirtschaftslehre und von 1973 bis 1977 Volkswirtschaftslehre und Politische Wissenschaft an der Universität Mannheim. Dort machte er 1977 seinen Abschluss als Diplom-Volkswirt mit einer Arbeit zur „Analyse der wissenschaftlichen Diskussion über soziopolitische Wirkungen multinationaler Unternehmen in Entwicklungsländern“, promovierte 1988 über das Thema „Europäische Parteien? Zur grenzüberschreitenden Interaktion politischer Parteien im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft“ und habilitierte sich 1988 im Fach Politische Wissenschaft mit einer Arbeit über innerparteiliche Partizipation.

Von 1978 bis 1983 war er Wissenschaftlicher Mitarbeiter, von 1983 bis 1988 Hochschulassistent und von 1988 bis 1993 Hochschuldozent für Politische Wissenschaft an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim und von 1988 bis 1993 Direktor des Zentrums für Europäische Umfrageanalysen und Studien (ZEUS). Nach einem Lehrauftrag an der Universität Kaiserslautern und Lehrstuhlvertretungen an den Universitäten Konstanz (Prof. Lehmbuch) und Heidelberg (Prof. v. Beyme) wurde er 1993 an der Freien Universität Berlin zum Professor für Politische Wissenschaft ernannt und blieb dort bis zu seiner Pensionierung im Oktober 2017.

Er war von 1994 bis 1999 Dozent im Rahmen des Ausbildungsprogramms des Auswärtigen Amtes für mittel- und osteuropäische Diplomaten im Bereich „Politisches System der Europäischen Union“, von 1994 bis 1996 Dozent im Rahmen des Weiterqualifizierungsprogramms brandenburgischer Lehrerinnen und Lehrer für den Bereich „Politisches System Deutschlands“, von 1990 bis 1996 Vorstandsmitglied und Sprecher der politikwissenschaftlichen Arbeitsgruppe der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW), von 1990 bis 2015 Sprecher des Arbeitskreises Parteienforschung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, von 1995 bis 2017 Official Representative des ECPR an der FU Berlin. Er war 1979/1980 Stipendiat der Kommission der Europäischen Gemeinschaften für Forschungsarbeiten über die europäische Integration und erhielt 1977 für seine Diplomarbeit den Preis der Industrie- und Handelskammer Rhein-Neckar

In Forschung und Lehre spezialisierte er sich vor allem auf die Politische Soziologie, insbesondere die nationale und europäisch vergleichende Parteien- und Wahlforschung sowie die Erforschung der politischen Orientierungen und Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger. Zu seinen zahlreichen wissenschaftlichen Publikationen zählen z.B. die Monografien „Bürger und Politik“ (2. Aufl. 2005), „Wahlen und Parteiensystem in Berlin“ (2017), die Herausgabe einer Buchreihe mit 5 Bänden über die Parteien nach den Bundestagswahlen von 1998 bis 2013 und die Herausgabe des „Handbuchs Parteienforschung“ (2013).

Träger des Otto Kirchheimer-Preises 2017.

---

**VITA - Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle**



Geb. 1963 in Detmold, Studium der Rechtswissenschaft in Bayreuth und München. 1992 Promotion (München) mit einer Arbeit über „Rechtsschutz gegen den Richter“, 1995 Referent im Bayer. Staatsministerium des Innern, 1998 Habilitation (Augsburg) mit einer Arbeit über „Das Kompensationsprinzip“.

Seit 1999 Inhaber eines Lehrstuhls für Öffentliches Recht an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br. und Direktor des Instituts für Staatswissenschaft und Rechtsphilosophie (Abt. I). Arbeitsschwerpunkte: Verfassungsrecht, Allgemeines Verwaltungsrecht, Öffentliches Wirtschaftsrecht, Umweltrecht sowie Staats- und Rechtstheorie.

Mitherausgeber der „Grundlagen des Verwaltungsrechts“, Band I-III, 2. Aufl. 2012/2013 und eines Großkommentars zum GG (v. Mangoldt/Klein/Starck, GG, 7. Aufl. 2018) sowie verschiedener juristischer Fachzeitschriften (DER STAAT, JuS, GewArch.) und Schriftenreihen (Neue Schriften zum Staatsrecht, Neue Schriften zur Verwaltungsrechtswissenschaft, Schriften zur Rechtstatsachenforschung).

Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin für das Akademische Jahr 2006/2007, Ordentliches Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (seit 2007) und der Nationalen Akademie der Wissenschaften – Leopoldina (seit 2018). Ab 1. April 2008 Rektor der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Ernennung zum Richter und Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts am 7. Mai 2008, zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts am 16. März 2010.

Mitglied des Comité 255 (seit 2014), des Senats der Max-Planck-Gesellschaft und des Wissenschaftlichen Beirats der Thyssen-Stiftung.

Zahlreiche Ehrungen und Preise, u.a. Otto Kirchheimer-Preis 2019.



---

## VITA - Prof. Dr. Elmar Wiesendahl

Elmar Wiesendahl wurde am 29. Mai 1945 in Arnsberg im Sauerland geboren. Er ist verheiratet und hat drei Kinder.

Nach dem Abitur studierte Wiesendahl VWL und Soziologie an den Universitäten Münster und Hamburg. Dort wurde er mit der Arbeit „Parteien und Demokratie. Eine soziologische Analyse paradigmatischer Ansätze der Parteienforschung“ zum Dr. rer. pol. promoviert. Die Habilitation im Fach Politikwissenschaft erwarb er mit der Habilitationsschrift „Parteien in Perspektive. Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien“.

Ab 1973 war er als Dozent für Soziologie an der Helmut-Schmidt-Universität, an der Führungsakademie der Bundeswehr und dem Lehrerfortbildungsinstitut in Hamburg tätig.

1992 wurde er als Professor für Politikwissenschaft an die Universität der Bundeswehr in München berufen. 2006 wechselte er dann als Direktor und Leiter des Fachbereichs Human- und Sozialwissenschaften an die Führungsakademie der Bundeswehr nach Hamburg.

Um Parteienforschung praktisch zu machen, gründete er nach seiner Pensionierung 2010 zusammen mit Prof. Dr. Joachim Raschke und Prof. Dr. Ralf Tils die Agentur für Politische Strategie (APOS) in Hamburg und war bis 2021 deren Geschäftsführer.

Das Forschungs- und Veröffentlichungsspektrum von Wiesendahl umfasst diverse Bereiche wie die Demokratietheorie sowie die politische Eliten- und Strategieforschung. Vor allen Dingen hat sich Wiesendahl jedoch zeit seines Berufslebens intensiv mit den theoretischen Grundlagen und Entwicklungslinien der internationalen Parteienforschung befasst. Insbesondere interessierte er sich für die Querverbindungen dieses Forschungszweigs zur Demokratietheorie und zur Organisationswissenschaft. In empirischer Hinsicht verfolgte er den Auf- und Abstieg von Volks- und Mitgliederparteien, wobei er immer wieder auf Otto Kirchheimer Bezug nahm. Auch ging er den Herausforderungen nach, denen Parteien durch den gesellschaftlichen Wandel ausgesetzt sind.

Die langjährige Beschäftigung von Wiesendahl mit den Parteien hat 2021 seinen bilanzierenden Niederschlag in einem voluminösen Lehrbuch „Parteienforschung. Eine Übersicht“ gefunden. Es gibt kaum einen deutschen Autor, der sich dermaßen umfangreich in Büchern, Aufsätzen und kritischen Rezensionen zur Gegenwart und Zukunft der Parteien in Deutschland im internationalen Vergleichsmaßstab geäußert hat.

Träger des Otto Kirchheimer-Preises 2021.



---

**Prof. Dr. Ursula Münch**

Prof. Dr. Ursula Münch wurde 1961 in Esslingen geboren, studierte Politikwissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München mit dem Abschluss Magister Artium und wurde 1989 mit der Arbeit „Familienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Maßnahmen, Defizite, Organisation familienpolitischer Staatstätigkeit“ promoviert.

Nach ihrer Habilitation zum Thema „Sozialpolitik und Föderalismus. Zur Dynamik der Aufgabenverteilung im sozialen Bundesstaat“ wurde sie 1999 an die Universität der Bundeswehr als Professorin berufen und war von 2009 bis 2011 Dekanin der Fakultät für Staats- und Sozialwissenschaften.

Seit 2011 ist sie Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing.



---

**Prof. Dr. Frank Decker**

Prof. Dr. Frank Decker hat das Studium der Politischen Wissenschaft, Volkswirtschaftslehre, Publizistik und Öffentliches Recht an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz und der Universität Hamburg 1989 als diplomierter Politologe abgeschlossen. Während seiner darauffolgenden Tätigkeit an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg erfolgte 1993 die Promotion als Dr. rer. pol., 1999 die Habilitation. Danach war er dort Privatdozent für Politikwissenschaft.

Seit 2001 ist Decker Professor an der Rheinischen Friedrich Wilhelms-Universität Bonn, zunächst im „Seminar für Politische Wissenschaft“ und ab 2006 im „Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie“. Von 2002 bis 2005 und erneut von 2009 bis 2011 war er Geschäftsführender Direktor des Instituts. Decker ist Mitglied zahlreicher Beiräte, unter anderem des Progressiven Zentrums in Berlin. Seit 2011 leitet er den wissenschaftlichen Bereich der von Bodo Hombach gegründeten „Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik“. Decker ist außerdem Herausgeber der interdisziplinären Vierteljahrszeitschrift „Indes“. Seine Forschungsschwerpunkte sind Parteien, insbesondere Rechtspopulismus und Parteiensysteme, Regierungsinstitutionen und Demokratiereform.

Er ist geschäftsführender Herausgeber der „Zeitschrift für Politikwissenschaft“ (Springer VS).

---

## Der Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V.

Der Förderverein wurde am 13. Oktober 2015 gegründet und am 21. Februar 2017 ins Vereinsregister eingetragen.

**Zweck des Vereines ist, die Erinnerung an den Politikwissenschaftler Otto Kirchheimer zu bewahren und damit einen Beitrag zur Weiterentwicklung der von Otto Kirchheimer entwickelten wissenschaftlichen Theorien zum Verhältnis von Sozialordnung, Staatsverfassung und politischer Gewalt sowie zum Funktionswandel der Parteien innerhalb der Parteiendemokratie zu leisten.**

Otto Kirchheimer wurde 1905 in Heilbronn geboren. Nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften emigrierte er als Jude und engagierter demokratischer Sozialist 1933 nach Frankreich. 1937 wanderte er in die USA aus, wo er unter anderem als Professor für Politische Wissenschaften an der Columbia University, New York, lehrte. Er starb im November 1965 und wurde, wie er testamentarisch verfügt hatte, 1966 in Heilbronn auf dem jüdischen Friedhof „Im Breitenloch“ beigesetzt.

Kirchheimer machte sich mit seinen Analysen zum Verhältnis von sozialen Strukturen und Verfassung schnell einen Namen. Die Wechselbeziehung zwischen Sozialordnung, Staatsverfassung und politischer Gewalt, also die Dialektik von Macht und Recht, ziehen sich als roter Faden durch sein wissenschaftliches Werk. Er war davon überzeugt, dass Recht nicht nur gesellschaftliche Machtverhältnisse festschreibt, sondern mit der Macht zur Rechtsetzung auch gesellschaftliche Zielsetzungen geändert werden können.

Schon 1965 analysierte Kirchheimer die Transformation des westeuropäischen Parteiensystems. Die Entwicklung von Weltanschauungsparteien auf der Grundlage konfessioneller oder klassenstruktureller Basis hin zu entideologisierenden Parteien, zu sogenannten „Allerweltparteien“, und den damit verbundenen Verfall der Opposition sagte er vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen in den USA voraus. Bereits früh hatte Kirchheimer die Entpolitisierung von Parteien und damit auch der Politik beschrieben. Auch die seit Jahren sinkenden Mitgliederzahlen der Parteien bestätigen Otto Kirchheimers Voraussagen. Und wenn Otto Kirchheimer 1966 in seinem posthum veröffentlichten Nachwort zum Buch von Lutz Lehmann „Legal & Opportun“ bereits vom „Überwachungsstaat“ sprach, kann man nur beeindruckt sein über die gedankliche Vorwegnahme politischer Entwicklungen, die heute wissenschaftlich, politisch und gesellschaftlich diskutiert werden.

---

## Der Otto Kirchheimer-Preis

Der mit 10 000 € dotierte Otto Kirchheimer-Preis, gestiftet vom Ehepaar Gudrun Hotz-Friese und Harald Friese, ehemals Mitglied des Deutschen Bundestags und Heilbronner Bürgermeister, wird alle zwei Jahren vom Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V. auf Vorschlag des Wissenschaftlichen Beirates verliehen.

Mit dem Otto Kirchheimer-Preis will der Förderverein an einen **bedeutenden Heilbronner Staatsrechtslehrer und Nestor der vergleichenden Parteienforschung** erinnern, dessen Analysen auch heute noch wegweisend sind.

Mit dem Preis will der Förderverein auch Wissenschaftler würdigen, die sich mit ihrer wissenschaftlichen Arbeit um die Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Werkes von Otto Kirchheimer und um die Demokratie- und Parteienforschung verdient oder um neue Erkenntnisse bereichert haben.

### Preisträger 2015: Prof. Dr. Ulrich von Alemann

Der Preis wurde erstmals am 24. November 2015 zum 50. Todestag von Otto Kirchheimer am 22. November 2015 verliehen. Preisträger des Otto Kirchheimer-Preises 2015 war **Professor Dr. Ulrich von Alemann**, ein Nestor der Demokratie- und Parteienforschung in Deutschland und damaliger Leiter des „Instituts für deutsches und internationales Parteienrecht und Parteienforschung“ an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf. **Thema seines Festvortrages: „Otto Kirchheimer a hidden champion“**. Die Laudatio hielt der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates, Professor Dr. Dr. h.c. mult. Reinhard Meyers, Westfälische Wilhelms-Universität Münster.

### Preisträger 2017: Prof. Dr. Oskar Niedermayer

Der Otto Kirchheimer-Preis 2017 wurde am 10. November 2017 an **Professor Dr. Oskar Niedermayer**, Leiter der Arbeitsstelle „Empirische Politische Soziologie/Otto-Stammer-Zentrum“ an der Freien Universität Berlin verliehen, der wie kaum ein anderer deutscher Wissenschaftler die neuere Diskussion um Grundlagen und Strukturen, Leistungen, Defizite und Zukunftsperspektiven der deutschen politischen Parteien geprägt hat. **Thema seines Festvortrages: „Otto Kirchheimer und die Bundestagswahl 2017“**. Auch bei dieser Preisverleihung hat Professor Dr. Dr. h.c. mult. Reinhard Meyers die Laudatio gehalten.

---

### Preisträger 2019: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle

Am 27. November 2019 erhielt den Otto Kirchheimer-Preis 2019 der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, **Professor Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle**, der ein Jahrzehnt die Rechtsprechung des Gerichtes geprägt und sich herausragende Verdienste für die Erforschung und Weiterentwicklung des Staatsrechts und der Demokratie erworben hat. **Thema seines Festvortrages: „Kritik als Verfassungsschutz. Zur Dialektik Recht und Politik im Denken Otto Kirchheimers.“** Die Laudatio hielt die Vizepräsidentin des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Professorin Dr. Dr. h.c. mult. Angelika Nußberger M.A..

### Preisträger 2021: Prof. Dr. Elmar Wiesendahl

Die für den 23. November 2021 geplante Verleihung des Otto Kirchheimer-Preises 2021 an **Professor Dr. Elmar Wiesendahl**, Universität der Bundeswehr München, musste wegen der Corona-Pandemie auf den 3. November 2022 verlegt werden.

Der Politik- und Parteienforscher Professor Dr. Elmar Wiesendahl erhielt die Auszeichnung wegen seiner hervorragenden Verdienste um die theoretische und empirische Parteienforschung mit den Schwerpunkten Entwicklung und Wandel der Mitglieder- und Volksparteien sowie Organisationsstruktur von Parteien. Es gibt kaum einen deutschen Autor, der sich umfangreicher in zahlreichen Aufsätzen, Büchern und Handbüchern zur Gegenwart und Zukunft der Parteien in Deutschland und Europa geäußert hat. Sein jüngstes Werk „Parteienforschung. Ein Überblick“ zieht die Summe aus seinen vielfältigen Forschungen. **Thema seines Festvortrages: „Parteienwettbewerb und Markt“.** Die Laudatio hielt Professorin Dr. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing.

### Preisträger 2023: Prof. Dr. Frank Decker

Preisträger des Otto Kirchheimer-Preises 2023 ist **Professor Dr. Frank Decker**, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn im „Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie“ und Wissenschaftlicher Leiter der „Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik“. Decker ist ein Wissenschaftler, der nicht im Elfenbeinturm sitzt, sondern sich in die öffentliche Debatte der Medien mit Souveränität in die Fakten und Meinungen der Medien einmischt. Dies bewies er aktuell mit seinem Aufsatz „Verlängerung der Wahlperiode“ in „Recht und Politik“ und mit seinem Artikel „Mehr Demokratie wagen?“ in der FAZ vom 31.8.2023. **Thema seines Festvortrages: „Otto Kirchheimer: Ein Emigrantenschicksal und die Universität Bonn“.** Laudator wird Staatssekretär a.D. Professor Dr. Wolfgang Schroeder sein, Universität Kassel. Die Preisverleihung wird am 16.11.2023 in Heilbronn stattfinden.

---

## **Vorstand des Fördervereins Otto Kirchheimer-Preis e.V.**

1. Vorsitzender:	<b>Harald Friese</b>
Stellvertretende Vorsitzende:	<b>Thomas Randecker</b> <b>Rainer Hinderer</b>
Schriftführerin:	<b>Gudrun Hotz-Friese</b>
Schatzmeisterin:	<b>Susanne Bay</b>

---

## **Wissenschaftlicher Beirat:**

Vorsitzender:	<b>Prof. Dr. Ulrich von Alemann</b>
Weitere Mitglieder:	<b>Prof. Dr. Ralf Kleinfeld</b> <b>Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Reinhard Meyers</b> <b>Prof. Dr. Ursula Münch</b> <b>Prof. Dr. Sophie Schönberger</b> <b>Prof. Dr. Christhard Schrenk</b>

---

## Schriftenreihe des Fördervereins

Der Förderverein ist auch Herausgeber einer Schriftenreihe

**Band 1** erschien im November 2017 und dokumentiert eine Veranstaltung der Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund in der Reihe „Profile Südwest“ zu Otto Kirchheimer. In dieser Veranstaltungsreihe werden bedeutende Persönlichkeiten Baden-Württembergs dem Hauptstadtpublikum näher gebracht.

Dieser Band enthält Beiträge von Professor Dr. Dr. h.c. mult. Reinhard Meyers „Der Otto Kirchheimer-Preis“, von Professor Dr. Ulrich von Alemann „Otto Kirchheimer - Mittler zwischen Staatslehre und Politikanalyse“ und von Professor Dr. Elmar Wiesendahl zum Thema „Otto Kirchheimers Volksparteien - nach 50 Jahren noch aktuell?“.

**Band 2** der Schriftenreihe dokumentiert die Verleihung des Otto Kirchheimer-Preises 2017 an Professor Dr. Oskar Niedermayer und seinen Festvortrag „Otto Kirchheimer und die Bundestagswahl 2017“.

Der Band 2 enthält darüber hinaus die Erstveröffentlichung eines Essays von Professor Dr. Ulrich von Alemann und von Professor Dr. Elmar Wiesendahl zum Thema „Wieviel Zukunft noch für die Volksparteien?“ und ein Exklusivinterview von Dr. Wolfgang Herles mit Professor Dr. Oskar Niedermayer „Zur Lage der Volksparteien nach Fortführung der Großen Koalition und den Landtagswahlen in Bayern und Hessen“.

**Band 3** der Schriftenreihe dokumentiert die Verleihung des Otto Kirchheimer-Preises 2019 an den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Professor Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle und seinen Festvortrag „Kritik als Verfassungsschutz. Zur Dialektik von Recht und Politik im Denken Otto Kirchheimers“ sowie die Laudatio von Professorin Dr. Dr. h.c. mult. Angelika Nußberger M.A., Vizepräsidentin des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

Dokumentiert ist auch die Podiumsdiskussion zum Thema „Was hält unsere Demokratie noch zusammen?“, an der unter der Moderation von Professor Dr. Ulrich von Alemann, der Preisträger, die Laudatorin und Professor Dr. Karl-Rudolf Korte, Universität Duisburg-Essen, Gründer und Direktor der NRW-School of Governance, teilgenommen haben.

---

**Band 4** der Schriftenreihe dokumentiert die Verleihung des Otto Kirchheimer-Preises 2021, die im Jahr 2022 erfolgte, an Professor Dr. Elmar Wiesendahl und seinen Festvortrag „Parteienwettbewerb und Markt“ und die Laudatio von Frau Professorin Ursula Münch, Leiterin der Politischen Akademie in Tutzing.

Dokumentiert ist auch die Podiumsdiskussion zum Thema „Kennen die Parteien Ihre Zukunft?“, an der unter der Moderation von Professor Dr. Ulrich von Alemann der Preisträger, die Laudatorin und Professor Dr. Frank Decker, Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, u.a. Wissenschaftlichen Leiter der „Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik“, teilgenommen haben.

---

## **SATZUNG**

### **Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V.**

#### **§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr**

1. Der Verein führt den Namen „Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e. V.“
2. Er hat seinen Rechts- und Verwaltungssitz in Heilbronn.
3. Er ist im Vereinsregister, Amtsgericht Stuttgart (Registergericht) unter Nummer 722876 eingetragen.
4. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

#### **§ 2 Zweck**

1. Der Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e. V. verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck des Vereins ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung. Der Verein möchte die Erinnerung an den Politikwissenschaftler und Staatsrechtler Otto Kirchheimer bewahren und damit einen Beitrag zur Weiterentwicklung der von Otto Kirchheimer entwickelten wissenschaftlichen Theorien zum Verhältnis von Sozialordnung, Staatsverfassung und politischer Gewalt sowie zum Funktionswandel der Parteien innerhalb der Parteiendemokratie leisten.
2. Mittel zur Erreichung des Zweckes sind insbesondere:
  - a) Verleihung eines Otto Kirchheimer-Preises für hervorragende wissenschaftliche Leistungen auf dem Gebiet der Demokratie- und Parteienforschung, der alle zwei Jahre verliehen wird und mit 10 000 € dotiert ist.
  - b) Durchführung eines wissenschaftlichen Symposions im Rahmen der Preisverleihung zum Thema Demokratie- und Parteienforschung sowie Herausgabe eines Tagungsberichtes über dieses Symposion,
  - c) Förderung wissenschaftlicher Arbeiten und anderer Publikationen im Sinne von § 2 Abs. 1 Satz 2.
3. Der Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e. V. ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Er lässt sich in seiner Tätigkeit nur von ideellen Gesichtspunkten leiten. Er betätigt sich auf gemeinnütziger Grundlage und erstrebt keinerlei Gewinn.
4. Mittel des Fördervereins Otto Kirchheimer-Preis e. V. dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.
5. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

#### **§ 3 Mitgliedschaft**

1. Der Verein besteht aus
  - a) ordentlichen Mitgliedern,
  - b) Ehrenmitgliedern,
  - c) fördernden Mitgliedern.
2. Die ordentliche Mitgliedschaft natürlicher und juristischer Personen ist schriftlich zu beantragen. Der Antrag muss von mindestens zwei ordentlichen Mitgliedern, die natürliche Personen sein müssen, befürwortet werden. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand.
3. Ehrenmitglieder werden auf einstimmigen Vorschlag des Vorstandes von der Mitgliederversammlung gewählt. Sie haben alle Rechte eines ordentlichen Mitglieds.
4. Die Mitgliedschaft erlischt durch:
  - a) Tod,
  - b) Austritt, der dem Vorstand mindestens ein Vierteljahr vor Ablauf des Geschäftsjahres schriftlich mitzuteilen ist und der am Ende des Geschäftsjahres wirksam wird,
  - c) Ausschluss.

---

5. Natürliche und juristische Personen, die sich bereit erklären, die Ziele des Vereins zu unterstützen, können fördernde Mitglieder werden. Für die Aufnahme und den Ausschluss gelten die Vorschriften über die ordentlichen Mitglieder entsprechend.

#### **§ 4 Rechte und Pflichten der Mitglieder**

1. Alle Mitglieder haben das Recht, Veranstaltungen des Vereins zu besuchen.
2. Die ordentlichen und Ehrenmitglieder des Vereins
  - haben das aktive und passive Wahlrecht für alle Organe des Vereins,
  - wirken an der Bestellung von Einrichtungen des Vereins im Rahmen der Satzung mit,
  - haben das Recht, an der Mitgliederversammlung teilzunehmen,
  - haben das Recht, Anträge bei der Mitgliederversammlung und an den Vorstand zu stellen.
3. Die ordentlichen und Ehrenmitglieder, die an der Mitgliederversammlung nicht teilnehmen können, haben die Möglichkeit, durch schriftliche Vollmachtserteilung anderen Mitgliedern, die eine natürliche Person sein müssen, ihr Stimmrecht zu übertragen. Sie gelten dann als anwesend. Einem Mitglied kann nur eine Stimme übertragen werden. Das eigene Stimmrecht bleibt davon unberührt.
4. Die ordentlichen und fördernden Mitglieder sind verpflichtet, den Mitgliedsbeitrag zu bezahlen, soweit sie hiervon nicht vom Vorstand befreit worden sind.
5. Kein Mitglied erhält Anteile an eventuellen Überschüssen und in der Eigenschaft als Mitglied auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins

#### **§ 5 Ausschluss eines Mitgliedes**

1. Der Ausschluss eines Mitgliedes kann in folgenden Fällen durch Beschluss des Vorstands erfolgen:
  - a) Verletzung der Interessen des Vereins,
  - b) Säumnis der Beitragspflicht trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung über den Schluss des Geschäftsjahres hinaus,
  - c) sonstige wichtige Gründe.
2. Den Antrag auf Ausschluss eines Mitglieds kann jedes Mitglied stellen. Der Vorstand hört vor der Beschlussfassung das Mitglied, gegen das ein Ausschlussantrag gestellt wurde, an. Der Beschluss über den Ausschluss ist dem Mitglied mit eingehender Begründung schriftlich bekannt zu geben. Gegen den Beschluss ist binnen vier Wochen Beschwerde an das Schiedsgericht (§ 12) zulässig.

#### **§ 6 Jahresbeitrag**

Der von der Mitgliederversammlung beschlossene Jahresbeitrag ist mit Beginn des Geschäftsjahres fällig.

#### **§ 7 Organe und Einrichtungen des Vereins**

Organe und Einrichtungen des Vereins sind:

1. die Mitgliederversammlung,
2. der Vorstand,
3. der Wissenschaftliche Beirat,
4. die Rechnungsprüfer / Rechnungsprüferinnen,
5. das Schiedsgericht,
6. die Ausschüsse
7. die Geschäftsstelle.

---

## **§ 8 Mitgliederversammlung**

1. Die Mitgliederversammlung hat folgende Aufgaben und Befugnisse:
  - a) Wahl des Vorstandes (§ 9 Abs.1),
  - b) Wahl der Rechnungsprüfer / Rechnungsprüferinnen (§ 11),
  - c) Wahl eines Obmanns/einer Obfrau für das Schiedsgericht (§ 12)
  - d) Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes des Vorstandes und dessen Entlastung,
  - e) Festsetzung des Mitgliedsbeitrages,
  - f) Beschlussfassung über Satzungsänderungen und über die Abberufung des Vorstands; diese Beschlüsse bedürfen der Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen, wobei Stimmenthaltungen nicht mitgezählt werden.
  - g) Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins (§ 16).
2. Die ordentliche Mitgliederversammlung wird alle zwei Jahre jeweils zum Schluss des Kalenderjahres, spätestens aber drei Monate nach Schluss des Kalenderjahres, durch den Vorsitzenden / die Vorsitzende des Vereins einberufen. Die Mitglieder sind unter Angabe der Tagesordnung mindestens vier Wochen vorher schriftlich einzuladen. Die Versendung der Einladung und beigefügter Unterlagen kann auch in elektronischer Form per Mail erfolgen.
3. Der/die Vorsitzende kann eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Er / sie ist hierzu verpflichtet, wenn der Vorstand dies beschließt oder ein Drittel der ordentlichen Mitglieder dies unter Angabe des Zweckes und der Gründe schriftlich beantragt. Für die Ladung gilt § 8 Abs. 2, Satz 2.
4. Den Vorsitz der Mitgliederversammlung führt der/die Vorsitzende, bei seiner / ihrer Verhinderung eine/r der stellvertretenden Vorsitzenden.
5. Jedes anwesende Mitglied hat in der Versammlung eine Stimme. Die Möglichkeit der Stimübertragung nicht anwesender Mitglieder regelt § 4 Abs. 3.
6. Sofern durch Gesetz oder Satzung nichts anderes vorgesehen ist, werden die Beschlüsse der Mitgliederversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt. Stimmenthaltungen bleiben dabei außer Betracht.
7. Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen, die vom Versammlungsleiter / der Versammlungsleiterin und vom Schriftführer / von der Schriftführerin zu unterzeichnen ist.

## **§ 9 Vorstand**

1. Dem Vorstand gehören an:
  - a) der/die Vorsitzende,
  - b) zwei stellvertretende Vorsitzende,
  - c) der Schatzmeister / die Schatzmeisterin,
  - d) der Schriftführer / die Schriftführerin
  - e) bis zu 6 Beisitzer / Beisitzerinnen,
  - f) der/die Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats (als Gast, ohne Stimmrecht).
2. Der/die Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates nimmt an den Vorstandssitzungen als Gast ohne Stimmrecht teil.
3. Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind der/die Vorsitzende, und die stellvertretenden Vorsitzenden. Der/die Vorsitzende ist mit einem/einer stellvertretenden Vorsitzenden vertretungsberechtigt.
4. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von zwei Jahren gewählt.
5. Wiederwahl ist zulässig.

- 
6. Der Vorstand führt die Beschlüsse der Mitgliederversammlung durch.
  7. Der Vorstand erlässt eine Geschäftsordnung und schlägt der Mitgliederversammlung eine Wahlordnung vor.
  8. Der Vorstand kann Ausschüsse für einzelne Arbeitsgebiete oder besondere Aufgaben aus den Reihen der Mitglieder des Vereins bestellen.
  9. Der Vorstand erledigt alle Angelegenheiten, die nicht der Mitgliederversammlung vorbehalten sind.
  10. Der/die Vorsitzende beruft und leitet die Sitzungen des Vorstandes und stellt hierfür die Tagesordnung auf. Der/die Vorsitzende oder sein Vertreter / seine Vertreterin können an den Sitzungen aller Gremien teilnehmen. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des/der Vorsitzenden. Der Vorstand kann seine Beratungen auch im Umlaufverfahren durchführen. Dies gilt auch für seine Beschlüsse. § 8 Abs. 2 Satz 2 und Satz 3 gelten entsprechend.
  11. Der Vorstand ist ehrenamtlich tätig. Notwendige Aufwendungen werden ersetzt.
  12. Dies gilt auch für die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates und für Mitglieder gemäß § 3 Abs. 1, sofern diese im Auftrag des Vereins tätig werden.

#### **§ 10            Wissenschaftlicher Beirat**

1. Der Wissenschaftliche Beirat fördert die in § 2 aufgeführten Ziele des Vereins. Er berät den Vorstand in allen wissenschaftlichen Fragen.
2. Der Wissenschaftliche Beirat schlägt dem Vorstand einen Preisträger/eine Preisträgerin für den alle zwei Jahre zu verleihenden Otto Kirchheimer-Preis ab dem Jahre 2017 vor.
3. Der Vorstand beschließt über den Preisträger/die Preisträgerin im Benehmen mit dem Wissenschaftlichen Beirat.
4. Der Wissenschaftliche Beirat soll mindestens 5 Mitglieder, höchstens 11 Mitglieder haben. Die Mitglieder werden vom Vorstand auf die Dauer von sechs Jahren auf Vorschlag des Wissenschaftlichen Beirats berufen. Dies gilt nicht für die Berufung der Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats nach Gründung des Vereins. Diese werden vom Vorstand berufen.
5. Eine gleichzeitige Mitgliedschaft im Vorstand und im Wissenschaftlichen Beirat ist nicht möglich.
6. Der Wissenschaftliche Beirat wird nach Bedarf, aber mindestens alle zwei Jahre, von seinem / seiner Vorsitzenden einberufen. Er kann seine Beratungen auch im Umlaufverfahren durchführen. Dies gilt auch für seine Beschlüsse. § 8 Abs. 2 Satz 2 und Satz 3 gelten entsprechend.
7. Der Wissenschaftliche Beirat wählt seinen Vorsitzenden / seine Vorsitzende und den stellvertretenden Vorsitzenden / die Stellvertretende Vorsitzende aus den Reihen seiner Mitglieder.
8. Falls der / die Vorsitzende verhindert ist, nimmt der / die stellvertretende Vorsitzende seine / ihre Aufgaben und Befugnisse wahr.
9. Der Wissenschaftliche Beirat gibt sich eine Geschäftsordnung.

#### **§ 11            Rechnungsprüfung**

Die Überprüfung der Haushaltsführung des Vereins obliegt drei Rechnungsprüfern / Rechnungsprüferinnen. Sie werden von der Mitgliederversammlung auf zwei Jahre gewählt. Wiederwahl ist zulässig.

---

## **§ 12 Schiedsgericht**

1. Das Schiedsgericht ist zuständig für Beschwerden gegen einen Ausschluss; es besteht aus einem Obmann / einer Obfrau und vier Schiedsrichtern / Schiedsrichterinnen. Es entscheidet nach vorheriger Anhörung des Vorstandes und des vom Ausschluss betroffenen Mitglieds. Das Schiedsverfahren kann auch schriftlich durchgeführt werden.
2. Jede der beiden Parteien benennt zwei Schiedsrichter / zwei Schiedsrichterinnen binnen vier Wochen nach Anrufung des Schiedsgerichts. Wird die Benennung von einer Partei nicht innerhalb dieser Frist vorgenommen, so kann das Schiedsgericht auch ohne diese Schiedsrichter/ Schiedsrichterinnen verhandeln und entscheiden.

## **§ 13 Beschlussfähigkeit**

Alle kollegialen Organe und Einrichtungen sind, soweit es nicht anders bestimmt ist, bei ordnungsgemäßer Einberufung ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlussfähig, soweit diese mindestens drei beträgt.

## **§ 14 Geschäftsstelle**

Der Vorstand kann eine Geschäftsstelle einrichten. Auf Vorschlag des/der Vorsitzenden wird ein Geschäftsführer / eine Geschäftsführerin vom Vorstand bestellt. Die Aufgaben der Geschäftsstelle und die Aufgaben und Befugnisse des Geschäftsführers / der Geschäftsführerin sind in einer Geschäftsordnung geregelt, die der Vorstand beschließt.

## **§ 15 Auflösung und Vermögensübergabe**

1. Die Auflösung des Vereins erfolgt durch Beschluss der Mitgliederversammlung. Die Einladung des/der Vorsitzenden zu der Mitgliederversammlung, die über die Auflösung beschließen soll, muss acht Wochen vor der Sitzung schriftlich erfolgen. Der Nachweis der erfolgten Einladung gilt als geführt, wenn er / sie eine schriftliche Einladung unter Bekanntgabe der Tagesordnung den Mitgliedern zugesandt hat.
2. Die Mitgliederversammlung gem. § 15 Abs. 1 ist zur Auflösung beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte aller Mitglieder anwesend ist. Ist die Versammlung nicht beschlussfähig, so hat die Einberufung einer zweiten Mitgliederversammlung mit vierwöchiger Einladungsfrist zu erfolgen. Diese zweite Mitgliederversammlung spätestens 8 Wochen nach der ersten Mitgliederversammlung stattfinden.
3. Die zweite Mitgliederversammlung kann ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitgliedern die Auflösung beschließen.
4. Der Auflösungsbeschluss bedarf der Zustimmung von drei Vierteln der Anwesenden.
5. Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an die Stadt Heilbronn, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat. Die Mitglieder erhalten keinerlei Rückzahlungen, Rückgaben oder Zuwendungen. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins ist Eigentum Dritter an diese zurückzugeben.

Fassung gem. Beschluss Mitgliederversammlung vom 22.12.2016

Förderverein OTTO KIRCHHEIMER-PREIS e.V.

**Geschäftsstelle:** Harald Friese  
 Wilhelm-Blos-Straße 53 · 74076 Heilbronn  
 Tel. 07131-17 79 15 · Fax 07131-16 05 95  
 hotz-friese@t-online.de



**Bankverbindung:** Kreissparkasse Heilbronn  
 IBAN DE13 6205 0000 0000 4119 50 · BIC HEISDE66X

**Ich/Wir möchte/n Mitglied des Fördervereins Otto Kirchheimer-Preis e.V. werden.**

Vorname Nachname

Straße PLZ/Wohnort

Telefon E-Mail

Geburtsdatum Beruf

Die hier erhobenen personenbezogenen Daten werden entsprechend Bundesdatenschutzgesetz § 28 (9) vom Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V. ausschließlich für interne Vereinszwecke, insbesondere für die Mitgliederverwaltung, -information und -betreuung elektronisch gespeichert, verarbeitet und genutzt.

Ich/Wir zahle/n für meine/unsere Mitgliedschaft einen steuerlich absetzbaren Jahresbeitrag gemäß Beschluss der Mitgliederversammlung vom 13. Oktober 2015 in Höhe von 48,00 Euro.

Ort/Datum Unterschrift

**Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandats**

**Name und Anschrift des Zahlungsempfängers:**

Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V., Wilhelm-Blos-Str. 53, 74076 Heilbronn

**Gläubiger-Identifikationsnummer:** DE90ZZZ00009935

**Mandatsreferenz** (Vom Zahlungsempfänger auszufüllen):

**SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige/Wir ermächtigen (A) den Zahlungsempfänger, den Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V., Zahlungen von meinem/ unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich (B) weise ich mein/weisen wir unser Kreditinstitut an, die vom Zahlungsempfänger auf mein/ unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. **Hinweis:** Ich kann/Wir können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/ unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. **Fälligkeitstermin** für den Einzug des Jahresmitgliedsbeitrages: 1. Werktag im Monat Juli des laufenden Kalenderjahres

Name des Zahlungspflichtigen (Kontoinhaber)

Straße/Hausnummer

PLZ/Ort

IBAN BIC

Ort/Datum Unterschrift des/der Zahlungspflichtigen









---

Förderverein  
OTTO KIRCHHEIMER-PREIS e.V.

Geschäftsstelle: Harald Friese  
Wilhelm-Blos-Straße 53  
74076 Heilbronn  
Tel. 07131-17 79 15  
Fax 07131-16 05 95  
hotz-friese@t-online.de

| [www.otto-kirchheimer-preis.de](http://www.otto-kirchheimer-preis.de) |